

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 M., im voraus zahlbar. Postbezug 1,30 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 73 Pf. Postbefreiungsbefreiung. Zusatzenabonnem. 1.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendsausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tehsil“, „Bild in die Bucherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kompensationsleistung des Reichs. ... (Text continues with details about compensation and political matters)

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Dönhoff 293-297 Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Di. 8 u. Die- u. So. Depostenkasse Lindenstr. 3.

Die Dauerkrise in Sachsen

Schluß mit der Kleinstaaterei!

Von Richard Lipinski.

Im Arbeiterstaat Sachsen, in dem 1919 die Sozialdemokratische Partei mit 58,1 vom Hundert der abgegebenen gültigen Stimmen die absolute Mehrheit in der Volkskammer (späterer Landtag) hatte, und mit kurzer Unterbrechung bis Ende 1923 eine sozialistische Regierung bestand, hat das Bürgertum seit den Landtagswahlen 1926 die Mehrheit. Kommunistische Putschattakt 1923, Besetzung Sachsens durch Reichswehr, Inflation, Abplitterung der 23 hat dies zumeist gebracht. Und dennoch: seit 1926 ist das Bürgertum, das ja angeblich die sachkundigen starken Männer stellen will, nicht aus der Regierungskrise herausgekommen. Selbst der Staatsgerichtshof beschleunigte den bürgerlichen Parteien 1929, daß ihre Regierung zu Unrecht bestände und der Landtag aufgelöst sei.

Die darauf am 12. Mai 1929 vorgenommene Neuwahl besserte zwar den Anteil sozialdemokratischer Stimmen von 31,7 auf 34,1 vom Hundert der abgegebenen Stimmen auf, allein an der bürgerlichen Mehrheit änderte dies nichts. Dennoch sah dem Bürgerblock der Wurmraß im Leibe. Die Kommunisten und Altsozialisten hatten je zwei Mandate verloren, die von der Sozialdemokratischen Partei nicht voll aufgefangen wurden. Die einst 22 Abgeordnete starke Demokratische Partei sank auf 4 Abgeordnete. Dagegen stiegen die Nationalsozialisten von zwei auf fünf Mandate. Sie wurden statt der Demofreien das Jünglein an der Waage und erzwungen vom Bürgerblock das Ausscheiden des demokratischen Innenministers Dr. Apel aus der Regierung. Ein Stachel für die Demokratische Partei, der um so tiefer sah, als die Bürgerregierung nur durch Abgabe ungünstiger Stimmen der Kommunisten zustande gekommen war. Die Ungünstigkeit der kommunistischen Stimmen wurde aus der Geschäftsordnung hergeleitet. Es entstand die Frage, ob die Geschäftsordnung Vorschriften der Verfassung ausheben kann. Um einer neuen Krise beim Staatsgericht durch die Altsozialisten aus dem Wege zu gehen, kaperte Bürger die Altsozialisten durch Wiederhineinnahme des früheren altsozialistischen Arbeitsministers Eisner in die Regierung. Sein abermaliger Rücktritt wurde von den Nazis erzwungen.

Am 18. Februar wurde die Bürger-Regierung zum Rücktritt gezwungen. Aus Angst vor einer Neuwahl, dem Verlust bürgerlicher Mandate zugunsten der Nazis, hat die Krise nach elf Wochen eine vorläufige groteske Lösung gefunden. Durch Enthaltung der Nationalsozialisten hat der Präsident der Oberrechnungskammer Schiel mit 46 Stimmen die Mehrheit erhalten und ist zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Nach der Verfassung ernannt der Ministerpräsident die Minister. Das will aber der Bürgerblock nicht, denn Schiel soll zwar ein Beamtenkabinett bilden, aber die Minister erst ernennen, nachdem er sich mit den bürgerlichen Parteien über die einzelnen Ministeranwärter verständigt hat. Wie erst die Altsozialisten, so haben jetzt die Nazis das Breffionsmittel der Anrufung des Staatsgerichts wegen der Gültigkeit der Wahl gegen die Regierung in der Hand, obendrein bleiben sie das Jünglein an der Waage und bilden so ein doppelt starkes Druckmittel gegen die Regierung. Diese für die Dummen bestimmte Komödie haben die Demokraten ausgeheckt und die Deutsche Volkspartei und die hinter ihr stehenden Industriekapitäne haben den Plan zweifellos durch Versprechungen an die Nazis durchgeführt. Und das kam so:

Durch die Erfahrungen seit 1923 gewöhnt, war die Sozialdemokratische Partei in Sachsen Gegnerin einer Koalitionspolitik. Nach der Wahl 1926 änderte sich dies. Sie erklärte sich zwar zur Teilnahme an der Regierung bereit, legte sich aber durch Aufstellung eines Mindestprogramms und Ablehnung von Verhandlungen mit bürgerlichen Parteien so fest, daß jede taktische Wendung unmöglich war. Nach der Wahl 1929 vollzog sich eine neue Aenderung. Das Mindestprogramm sollte Verhandlungsprogramm werden und aus diesem wurden wieder speziell sächsische Tagesforderungen herausgezogen, die als Verhandlungsgrundlage dienen sollten. Mit ihnen sollte versucht werden, die wirtschaftliche Not der Arbeiterklasse zu mildern. Außerdem verlangte die Sozialdemokratie als stärkste Partei Führung und Mehrheit in der Regierung und lehnte es ab, mit der Wirtschaftspartei zu verhandeln. Den Demokraten und der Deutschen Volkspartei wurde die Bereitschaft zu Verhandlungen mitgeteilt. Die Demokratische Partei lehnte eine Unterstützung der Bildung einer Regierung anfänglich ab, die unter dem Einfluß der Nazis stehe. Dadurch schuf sie sich eine günstige politische Situation, denn mit ihren vier Abgeordneten wurde sie jetzt für die Mehrheitsbildung ausschlaggebend, sie schwang sich als Verhandlungsführerin und Mittlerin auf zunächst nahm sie Fühlung mit der sozialdemokratischen Fraktion und der Deutschen Volkspartei. Die Folge war strikte Ablehnung

Panzerschiff B abgelehnt.

Mehrheit im Haushaltsausschuß gegen erste Rate / Neuer Kampf im Plenum bevorstehend.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat gestern die erste Rate für das Panzerschiff B mit 19 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Gegen die Raurate stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und zwei Zentrumsabgeordnete.

Der Stimme enthielten sich die Bayerische Volkspartei und ein Zentrumsabgeordneter.

Für die erste Rate stimmten die übrigen Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter.

Sozialdemokratische Erklärungen.

Am Laufe der Debatte über Panzerschiff B im Hauptausschuß des Reichstages gab für die Sozialdemokratie Abg. Keil die folgende Erklärung ab:

Ueber die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Panzerschiff B ist kaum noch etwas zu sagen. Wir lehnen den Bau dieses Schiffes ab, der von der Regierung einschließlich des Herrn Reichswehrministers nicht beantragt worden ist. In der Erklärung des Reichswehrministeriums ist nun die Position für den Panzerkreuzer, die vom Reichsrat eingeseht wurde, nachdem er von einzelnen Mitgliedern der Reichsregierung dazu ermuntert worden war, in Zusammenhang gebracht worden mit der Frage der Aufstellung eines Schiffsbauprogrammes.

Wenn das frühere Kabinett beschlossen hat, ein solches Programm aufzustellen, so hat es damit dem Beschluß des Reichstages vom 8. Juni 1929 entsprochen. Die Feststellung dieser Tatsache durch den Minister wäre vielleicht richtiger gewesen, als der Hinweis darauf, daß der Kabinettsbeschluß mit Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister gefaßt worden sei. Auch für den Inhalt des Programms waren durch den Reichstagsbeschluß bereits Richtlinien aufgestellt. Der Beschluß lautete, umgehend ein auf lange Sicht abgestelltes Bauprogramm vorzulegen, der die Bereitstellung der Mittel für ein langfristiges Bauprogramm unterstellt.

Selbst wenn der Kabinettsbeschluß dahingehet, daß das auf längere Sicht gestellte Bauprogramm auch den Ersatz der Einleerschiffe erhalten soll, so erscheint es uns doch sehr zweifelhaft, ob damit eine prinzipielle Zustimmung zum Bau dieses Schiffes ausgesprochen ist. Die Aufstellung eines Bauprogramms auf lange Sicht, das vor allem auch der Deckungsfrage nicht aus dem Wege geht, kann an sich zweckmäßig sein.

Vom Standpunkt einer stabilen Staatsgestaltung aus kann es nur erwünscht sein, zu wissen, mit welchen Ausgaben auf eine längere Zeit von Jahren hinaus gerechnet werden muß. Anregungen dieser Art sind ja auch schon für andere Aufgabengebiete gegeben worden, zum Beispiel für Kanalsbauten.

Abg. Herß (Soz.) wies darauf hin, daß durch verschiedene Erklärungen von Abgeordneten der Regierungsparteien in der Debatte

der Eindruck hervorgerufen worden sei, als ob die gegenwärtige Stellung der Sozialdemokratie als Oppositionspartei sich im Widerspruch befände mit ihrer Haltung innerhalb der Regierungskoalition im vorigen Jahre.

Als Vertreter der Sozialdemokratie bei den interfraktionellen Verhandlungen des Vorjahres stellte er fest, daß eine solche Auffassung durch den Inhalt der damaligen Verhandlungen — und er habe an allen teilgenommen — nicht berechtigt sei.

Es ist von der Sozialdemokratie niemals eine Zusage für die Bewilligung der Ausgaben für die Herbstübungen im Jahre 1930 gegeben worden. In Gegenwart der sozialdemokratischen Vertreter wurde überhaupt nicht darüber verhandelt. Falls die übrigen Koalitionsparteien dem Reichswehrministerium eine derartige Zusage gegeben hätten, so könne das nur in Verhandlungen geschehen sein, die ohne die Sozialdemokraten geführt worden sind. Es ist nicht ohne Bedeutung zu erfahren, daß solche Verhandlungen stattgefunden haben.

Zum Beweise dessen, daß die Sozialdemokratie stets den gleichen Standpunkt innegehalten hat, zitiert Dr. Herß aus der Reichstagsverhandlung vom 17. Juni 1929 einen Ausspruch des sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpflin, worin dieser ankündigt, daß die Sozialdemokratie mit aller verfügbaren Kraft darauf dringen werde, daß die Eisparnisse am Wehretat 1929 im Jahre 1930 noch wesentlich vergrößert werden sollen.

Kritik an der Marine.

Auf die beiden unter größter Aufmerksamkeit vom Haushaltsausschuß angehörten Erklärungen der Abgeordneten Keil und Herß folgte ein wahres Bombardement von sozialdemokratischen Anfragen an die Marineleitung und an das Reichswehrministerium. Die Abgeordneten Eggerstädt (Soz.), Moses (Soz.), Kubitz (Soz.), Hühnlich und Rohmann (Soz.) zeigten in ihren Anfragen, welche Fülle von Kritik gegen die Marine in der Öffentlichkeit sich angesammelt hat.

Bei diesen Anfragen ergab sich u. a., daß der bekannte Marineoffizier Canaris, der im Zusammenhang mit der Ermordung Diebstechts usw. eine gewisse Rolle gespielt hat, noch heute als erster Offizier auf der „Schleien“ Dienst tut.

Weiter wurde bekannt, daß ein Kapitänleutnant Wegemann von der Marinefunkstation Neumünster bei der letzten Wahl ein Rundschreiben an alle Wahlberechtigten der Funkstation verschickt hat. Das Schreiben hatte folgenden Inhalt: „Ich erinnere an die Pflicht dem deutschen Vaterlande gegenüber, daß jeder zur Wahl geht. Ein Wagen steht um 13 Uhr zur Verfügung. Für die Wahl empfehle ich die Listen der deutschnationalen Parteien.“ Außerdem erklärte der Kapitänleutnant Wegemann, daß derjenige, der Sozialdemokraten oder Kommunisten wählt, gar nicht wiederzukommen brauche. Das Reichswehrministerium antwortete, daß Wege-

von Verhandlungen durch die Volkspartei. Um den ungünstigen Eindruck zu verwischen, stellte die Deutsche Volkspartei nach der ergebnislosen ersten Ministerpräsidentenwahl ein Programm auf, dessen erster Satz dahin ging, daß sie ohne die Wirtschaftspartei in keine Koalitionsverhandlungen eintreten würde. Die Wirtschaftspartei ihrerseits erklärte, mit Sozialdemokraten nicht verhandeln zu wollen. Trotzdem stellten die Demokraten ein eigenes Programm auf, so daß nun drei Programme nebeneinander bestanden, ohne daß auch nur die Möglichkeit einer Verhandlung gegeben war. Dennoch lud die Demokratische Partei für Montag, den 28. April, zu Verhandlungen ein, die gar nicht zustande kamen, weil die Volkspartei ablehnte, ohne die Wirtschaftspartei an den Verhandlungen teilzunehmen.

Schon vorher hatte der Demokrat Dr. Kälz einem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten den Vorschlag gemacht, die Sozialdemokraten sollten durch Abkommandierung einiger Abgeordneten oder Stimmenenthaltung die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten ermöglichen, damit dieser ein Beamtenkabinett bilden könne.

Wol! Die Sozialdemokraten sollten sich selbst ausschalten und keinen Einfluß auf die Regierungsbildung und Regierungsbeteiligung haben!

Eine gemeinsame Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit Vertretern der vier Bezirksvorstände Sachsens lehnte am 26. April dieses Ansuchen ab und beschloß, die Auflösung des Landtags zu beantragen, falls die Koalitionsverhandlungen ergebnislos sein würden.

Da am 28. April die Verhandlungen nicht zustande kamen, stellte die Landtagsfraktion den Antrag auf Auflösung des Landtags der am 6. Mai aber nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die Beschlussfassung steht noch aus. Die Entscheidung liegt bei den fünf Nazis. Da sie aber die Wahl Schiels zum Ministerpräsidenten ermöglichen haben, so würden sie wahrscheinlich nur dann für eine Auflösung zu haben sein, wenn Schiel die ihm gestellten Bedingungen nicht zur Zufriedenheit der Nazis erfüllen kann.

Die Krise ist also noch nicht behoben. Die Wahl des Ministerpräsidenten und die den Sozialdemokraten gestellte Zumutung zeigt, daß die Komödie der Demokraten nur dazu diente, ihre Wähler zu täuschen.

Die Festigung des Bürgerblocks vollzieht sich in Sachsen unaufhaltsam, wenn die Arbeiterklasse nicht bald diesem Spiel ein Ende macht! Die Krise selbst zeigt die Ohnmacht des Bürgertums, sie zu meistern, und die Notwendigkeit, Schluß mit der Kleinstaaterei zu machen.

Das Beamtenkabinett.

Dresden, 8. Mai (Eigenbericht.)

Der neuen Regierung gehören an: Ministerpräsident Schiel, der gleichzeitig das Volksbildungsgeschäft übernimmt, der bisherige Ministerialdirektor im Finanzministerium Hedrich als Finanz- und Wirtschaftsminister, der bisherige Minister des Innern und Arbeitsminister Richter und der bisherige Justizminister Mansfeldt. Als man sich über die Personentransfer verständigt hatte, erklärte Schiel, daß er das Amt des Ministerpräsidenten annehme.

mann festlos entlassen worden sei, er habe aber dagegen Einspruch erhoben.

Die merkwürdige Minderbewertung der Wertmesser und die Notwendigkeit ihrer gerechten Eingruppierung wurden ebenfalls erörtert. Diese Frage wird im Untersuchungsausschuss ihre positive Erledigung finden.

Der angeblich ungehinderte Aufstieg der Söhne einfacher Eltern zum Marineoffizier fand durch eine Statistik charakteristische Beleuchtung. Sie stellt fest, daß von 439 Offiziersanwärtern nach dem Herkommen (Eternberufe) noch nicht 20 aus sogenannten freien Berufen und aus Arbeiterverhältnissen stammen.

Die Rechtswürdigkeiten bestimmter einzelner Titel des Marinehaushaltes fanden ebenfalls lebhafteste Erörterung.

Die Abstimmungen.

Inzwischen war die Spannung im Haushaltsausschuss weiter gestiegen. Es begannen die Abstimmungen. Zuletzt kam man zu den einmaligen Ausgaben und damit zur ersten Rate für den Panzerkreuzer B (Ersatz Lothringen).

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B.

Für die Ablehnung stimmten die 11 Sozialdemokraten, die 4 Kommunisten, die 2 Demokraten und 2 Zentrumsabgeordnete (Schlad und Erjing), diesen 19 Abgeordneten standen 13 Stimmen der Ja-Sieger gegenüber, darunter ein Zentrumsabgeordneter (Wegmann), der Stimmen enthielt sich die zwei Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und ein Zentrumsabgeordneter (Vertikus).

Diese Entscheidung führte dazu, daß der Abg. Erjing (Ztr.) nunmehr beantragt, daß bei drei Teilen der einmaligen Ausgaben die 2,9 Mill. M. wieder hinzugefügt würden, die im Reichsrat gestrichen worden waren, um als sogenannte Ersparnis zur Deckung für die erste Rate des Panzerkreuzers B zu dienen. Aber auch diese drei Wiedererhöhungsanträge verfielen der Ablehnung mit dem gleichen Stimmenverhältnis.

Durch diese Entscheidung sind im Martineetat durch den Haushaltsausschuss insgesamt 5,8 Mill. M. gestrichen worden.

Im übrigen verfielen alle sozialdemokratischen Anträge der Ablehnung durch die Einheitsfront, die von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen reichte.

Bei der Abstimmung über die erste Rate des Panzerschiffs B ist das Zentrum in drei Gruppen zerfallen. Zwei Abgeordnete stimmten gegen das Panzerschiff, einer dafür, ein vierter enthielt sich. Eine Sicherheit für die Haltung des Zentrums im Plenum ist nach dieser Abstimmung nicht gegeben, um so mehr, da die Rechtsparteien in dieser Frage einen sehr starken Druck auf das Kabinett Brüning ausüben werden.

Die erste Rate für Panzerschiff B wird also im Plenum des Reichstags noch sehr lebhaft umkämpft werden!

Rabinett Brüning will sparen.

Es fragt sich nur wo.

Amlich wird mitgeteilt: Gestern nachmittag fand unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning eine Fraktionsführerbesprechung der hinter der Regierung stehenden Parteien statt. In dieser Aussprache nahmen die Führer und Haushaltsfachverständigen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Demokratischen Partei, der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft und der Bayerischen Volkspartei teil.

In der Besprechung herrschte darüber Einmütigkeit, daß mit allen Kräften versucht werden müsse, im Haushaltsplan Ersparnisse zu erzielen und Abstriche vorzunehmen. Ueber Streichungen politischen und grundsätzlichen Charakters solle vorher eine Einigung erzielt werden. Die Regierung versprach ihrerseits, den Entwurf eines Ausgabenbeschränkungsgesetzes den gesetzgebenden Körperschaften mit tunlichster Beschleunigung vorzulegen.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags hat gestern die Lesung des Marineetats beendet. Es wurden insgesamt 2,9 Millionen Mark gestrichen — also ein Betrag, der kaum ins Gewicht fällt.

Die Mehrheit von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen hat alle sozialdemokratischen Streichungsanträge abgelehnt.

Heeresetat und Marineetat sind die beiden Etats, die überaus reichlich ausgestattet sind, es sind Luxusstats. Sie sind als erste im Haushaltsausschuss des Reichstags verabschiedet worden. Der einmütige Wille zu Ersparnissen und Abstrichen ist bei der Beratung dieser Etats nicht in die Erscheinung getreten. Das feierliche Bekenntnis zur Sparfamkeit kommt ausgerechnet nach der Verabschiedung der Luxusstats.

Wo wird sich der Sparwille der hinter dem Kabinett Brüning stehenden Parteien nun auswirken? Man wird sie bei der Lesung des Behretats im Plenum sehr kräftig an dies Bekenntnis zur Sparfamkeit erinnern müssen!

Frids Steuergesetze.

Er will von Regerkultur nichts wissen, führt aber die Kopfsteuer ein!

Der Thüringische Landtag verabschiedete am Donnerstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, nach Ablehnung sämtlicher von der Opposition eingebrachten Änderungs- bzw. Streichungsanträge, die Steuergesetzentwürfe der Regierung Baum-Frid. Ein großer Teil dieser Gesetze bedeutet für die arbeitenden Massen neue Belastungen. Außer der Mietzinssteuerverhöhung ist u. a. eine Kopfsteuer vorgesehen, die jede über 20 Jahre alte in Thüringen ansässige Person jährlich mit 6 M. belastet.

Genosse Markwald außer Lebensgefahr. Der Zustand des Genossen Hans Markwald hat sich am Donnerstag weiter gebessert. Unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht mehr. Auch seine Frau befindet sich außer Lebensgefahr.

Die Verhandlungen mit Rußland, bisher in Berlin geführt, wird Reichsminister von Driksen nun in Moskau fortsetzen.

Der britische Bergbauminister Ben Turner wird aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten; ersehen soll ihn Abg. Killee, der gegenwärtig als Mitglied der Indienkommission tätig ist.

England und Gandhi.

Die tragische Zwangslage der Labour-Regierung.

London, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Die Stellung Englands zu den Ereignissen, die sich gegenwärtig in Indien abspielen, beweist, wie sehr das menschliche Denken und Bewußtsein von seinen Interessen bestimmt ist. Während die öffentliche Meinung Großbritanniens seit den Zeiten des liberalen Radikalismus traditionell sich aufbaut, wenn irgendwo die Freiheit getrübt, eine Minderheit vergewaltigt wird, bleibt die Nation, als Ganzes gesprochen, gegenüber der Stimme des unterdrückten Indiens stumm.

Es ist nicht Heuchelei, nicht der viel nützlichste englische „cant“, wenn England heute nicht sieht, was Gandhis Forderung bedeutet.

Es ist die Unfähigkeit, gegen die eigenen ökonomischen, geographischen und politischen Grundlagen zu denken.

Während die ganze Welt wie gebannt nach dem Gefängnis starrt, in dem Mahatma Gandhi, der indische Freiheitsführer und Heilige, sitzt, während die ganze Welt hinter der Unkraft in Nordindien nach einem tieferen Sinn sucht, sieht England, als Ganzes gesprochen, eine Revolte wie viele andere, der man mit der altbewährten Methode des Zuckers und der Peitsche, das ist mit der altbewährten Kombination aus Gewalt und Nachgiebigkeit, bekämpfen werde. Kein Mensch in England zweifelt, daß die Bewegung binnen kurzem wieder zusammenbrechen wird.

In diesem Rahmen gibt es selbstverständlich eine hundertfältige Abstufung der Auffassungen. Die konservativen Diehards, die äußerste englische Rechte, die niemals das Recht Indiens auf Selbstregierung anerkannt haben, rufen gütlich nach der starken Hand. Für sie ist Gandhi nichts als ein Choralian, ein verschlagener Regisseur des Aufruhrs, ein Mann, der den Mantel der Heiligkeit als eine posende Bekleidung trägt. Für sie war die Regierung all die Monate lang zu tolerant, zu schlapp. Die blutigen Vorgänge in Peshawar, in Uchittogong, in Rakkuta sind für sie kein Penetel. Sie machen die Schwäche der Regierung dafür verantwortlich. Die konservative Mitte Englands ist zurückhaltender, sie will der Regierung keine Schwierigkeiten machen, sie hat in der Person des indischen Bizekönigs Lord Irwin (eines früheren konservativen Abgeordneten) einen Vertrauensmann an maßgebender Stelle. Auch sie ist für Unterdrückung, aber sie ist nicht für eisenhartere Methoden. Sie ist zu englisch, um die Gewalt als solche zu verurteilen oder zu bejahen. Indien hat, nach ihrer Auffassung, ein theoretisches Recht auf Selbstregierung. Aber die Verwirklichung liegt in unendlicher Ferne. Indien ist nicht reif. Die Nationalen sind eine kleine Minorität. Die gegenwärtigen Unruhen sind nichts als das Produkt von Propaganda und Aufwiegelung. Indien braucht eine starke Hand, der ganz nahe und ferne Osten braucht eine starke Hand. Alles andere ist verhängnisvoll, nicht nur für England, sondern auch für die Völker Indiens selbst. Von dieser Auffassung führt eine schmale Brücke zum Liberalismus. Hier wird das Recht auf Selbstregierung des indischen Volkes bejaht, der Dominion-Status für Indien als das notwendige Ziel der Entwicklung der nächsten Jahre und Jahrzehnte betrachtet. Aber der alte englische Radikalismus ist tot. Die liberale Partei ist längst imperialistisch geworden. Man bedauert die Ereignisse, man bedauert die Notwendigkeit, die zu Gandhis Arrest geführt hat. Man ist einerseits gegen die Bombardierung, betrachtet sie aber andererseits für unvermeidlich. Man hofft, daß sich Indien beruhigen wird, bis man in der Lage ist, dem indischen Volk die Reformvorschlüsse der Simon-Kommission zu unterbreiten.

Und die Labour-Party, die Labour-Regierung?

Grundsätzlich gesprochen steht die Arbeiterpartei auf dem Standpunkt, daß die indischen Nationen ein Recht auf Selbstregierung und Selbstbestimmung besitzen. Aber dies Recht findet schon in Parteiprogramm der Labour Party eine Deutung, die sie einschränkt. Es heißt da: Einbeziehung Indiens in das britische Commonwealth auf gleicher Basis mit den sich selbst regierenden Dominionen. Nicht volle Unabhängigkeit für Indien also, sondern seine Eingliederung ins Reich als gleichberechtigter Partner, wie Australien, Kanada, Irland, ist das Ziel der Labour-Politik gegenüber Indien.

Dies Recht auf Selbstbestimmung Indiens (im Rahmen des Empire) hat die Labour Party in zahllosen Beschlüssen und Parlamentsdebatten anerkannt und immer wieder ihre Stimmen gegen eine Unterdrückungspolitik erhoben; sie hat ihren politischen Gegnern jahrelang die Gesahren vor Augen ge-

führt, die aus einer Verschöpfung der indischen Forderungen drohen. Aber die Labour Party hat — bei aller tiefen Reuereng vor der uralten indischen Kultur — niemals ihre Zweifel über die politische Reife der indischen Nationen verhehlt und in Gemeinschaft mit den anderen politischen Parteien ihrer Meinung dahin Ausdruck verliehen, daß eine

überstürzte Gewährung voller Selbstregierung nichts als das Signal zum Ausbruch gigantischer innerer Wirren bilden würde.

Der Unterschied zwischen der Indienpolitik Labours und der übrigen Parteien besteht also mehr in einer verschiedenartigen Beurteilung des Tempos der Entwicklung und daher in einer Empfehlung anderer Methoden. Im Gegensatz zum Konservatismus betrachtete und betrachtet die Arbeiterpartei die Bormehnahme eines Teiles der indischen Forderungen, ehe sie Explosivkraft erlangt haben, als das einzig richtige staatsmännliche Verhalten.

Die Arbeiterregierung war seit entschlossen, diese ihre Auffassungen in die Praxis umzusetzen. Sie wollte den Simon-Bericht abwarten und gestiftet auf die Empfehlungen der Kommission den indischen Freiheitswünschen einen guten Schritt entgegenkommen. Da verkündet Gandhi den bürgerlichen Ungehorsam und entfesselte damit die Gewalten, die heute das ganze nördliche Indien erschüttern. Trotz ihrer tiefen und ehrlichen Sympathie für die Freiheitswünsche des indischen Volkes ist die Arbeiterregierung gezwungen, den Bruch des Befehles durch Gandhi und seine Anhänger mit der ganzen Schwere des Befehles zu beantworten. Trotz Labours Abneigung gegen die Gewalt ist die Regierung genötigt, Gewalt gegen Gewalt zu stellen. Sie kann nicht anders, obwohl sie weiß, daß eine weitere Vergiftung der indisch-englischen Beziehungen und eine weitere Erschwerung der geplanten englisch-indischen Verhandlungen am runden Tisch die notwendigen Folgen sein werden. So sind die Vorgänge, die sich heute in Nordindien abspielen.

für die Arbeiterregierung eine ungeheure Tragödie.

aber sie sind für sie auch unauweiblich und unvermeidlich wie das Schicksal in der antiken Tragödie. Das Blut in Indien wird im Namen einer Regierung vergossen, deren Führung die Arbeiterpartei befehlt — aber sie ist an dem Blut unschuldig. In ihrem Namen werden die Freiheitskämpfer Indiens in die Kerker geworfen, aber sie ist entschlossen, Indien die Freiheit im Reich zu bringen.

Die geschichtlichen Kräfte haben Mahatma Gandhi und Ramsay MacDonald zu Gegnern gemacht, wiewohl jeder der beiden sich treu geblieben ist. Diefelben Kräfte werden die britische Arbeiterpartei und das indische Volk wieder versöhnen. Was heute geschieht, ist nur eine Etappe im Ringen zwischen Indien und England.

Straßenschlacht in Scholapur.

Duhende Todesopfer des Kampfes gegen den Alkohol.

Retio Delhi, 8. Mai. (Eigenbericht.)

Die schwersten Unruhen seit Beginn des Gandhischen Feldzuges ereigneten sich am Mittwoch und Donnerstag in Scholapur, 400 Kilometer nördlich von Bombay; sie begannen am Mittwochabend mit einer großen Demonstration gegen die Spielbanken und die Schankstätten. Die erregte Menge zerstörte den größten Teil der Branntweinschankstätten und steckte sechs Polizeistationen in Brand. Am Mittwochabend trat Ruhe ein.

Am Donnerstagvormittag begannen Leute mit der Fällung von Palmbäumen, aus denen der Palmwein gewonnen wird. Der Polizei gelang es nicht, die Menge zu zerstreuen. Hierauf schossen die Beamten. Zahlreiche Personen wurden getötet und verwundet. Nach einer kurzen Ruhepause kam es am Nachmittag zu einem neuen Zusammenstoß, bei dem die Polizei wiederum schoß. Auch zwei Polizisten fanden den Tod.

Insgesamt sind seit Mittwoch in Scholapur 25 Personen getötet und 120 verwundet worden. Da die Polizei nicht mehr Herr der Lage ist, wurden Truppen angefordert. Das Herzog-Vor-Kavallerieregiment ist von Ahmednagar auf dem Wege nach Scholapur.

Stahlhelm gegen Wirth.

Eine Erklärung Düsterbergs.

Zeich 8. Mai.

Der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant Düsterberg, erwiderte in einer in Zeich gehaltenen Rede auf die Vorwürfe des Reichsinnenministers Dr. Wirth:

„Wir stehen dem Kabinett Brüning noch heute mit dem stärksten Mißtrauen gegenüber. Herr Wirth hat dieser Tage die Besprechung über eine Aufhebung des Stahlhelmsverbotes in Abelsland-Westfalen abgelehnt, weil ich ihn in Magdeburg in einer Rede schwer angegriffen habe. Ich finde, die Herren sind sehr empfindlich. Sie nehmen alles Mögliche übel. Ich habe gesagt, und wiederhole es heute: Wir haben kein Vertrauen zu Männern wie Dr. Wirth und Dr. Curtius, von denen uns der eine als Feinde bezeichnete und der andere uns, die Mitglieder des Reichsausschusses, schwer angegriffen hat. Das Kabinett Brüning sieht keinen Anlaß, das Verbot aufzuheben, trotzdem festgestellt worden ist, daß der Stahlhelm sich an den Geländebewegungen überhaupt nicht beteiligt hat. Für eine eventuelle Aufhebung des Verbotes hätte man die Bedingungen gestellt: 1. den dortigen Stahlhelmführer zu opfern und 2. der Stahlhelm möchte sich mit der katholischen Geistlichkeit besser stellen. Das haben wir strikt abgelehnt. Wir gehen durch kein laubdunkles Loch, nur um Herrn Wirth die Freude zu machen, uns gedemütigt zu sehen. Der Kurs Brünings war eine große Enttäuschung, insofern, als das Verhältnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie trotz der Trennung im Reich in Preußen unverändert bestehen bleibt. Wir haben Anlaß, unsere Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning nur zu verschärfen.“

Die Behauptungen des Herrn Düsterberg über die Bedingungen einer Aufhebung des Verbotes, namentlich über Punkt 2, bedürfen dringend einer amtlichen Aufklärung.

Polenparlament im Kampf.

Einberufung verlangt.

208 Abgeordnete, die Mehrheit des polnischen Sejm, verlangen in einem Antrag an den Staatspräsidenten die Einberufung des Parlaments: 38 Nationaldemokraten, 18 christliche Demokraten, 15 rechte nationale Arbeiterpartei, 21 Mitglieder der Bauernpartei, 38 von der Bauernpartei Bestellte, 25 von der dritten Bauernpartei und 53 Sozialisten. Ihnen steht der Regierungsbund gegenüber, der nach der Kassierung einer Anzahl seiner im Osten erschwundenen Mandate nur 112 Mitglieder zählt. Die nichtpolnischen Parteien mit rund 100 Mandaten gehen gemeist mit der Opposition.

Der Ministerpräsident Slawek, Führer der Regierungsbund, hat wiederholt erklärt, der Sejm werde in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht mehr zusammentreten; trotzdem soll in einer langen Konferenz Wisludski-Slawek die Einberufung beschlossen worden sein, wahrscheinlich, um ihrer Erzwingung gemäß der Verfassung durch einen genügend unterstützten Antrag zuvorkommen.

Der Sudan-Konflikt.

Anglo-ägyptische Verhandlungen gescheitert.

London, 8. Mai. (Eigenbericht.)

Wie der Außenminister Henderson dem Unterhaus mitteilte, sind die Verhandlungen mit Ägypten abgebrochen; man konnte sich über den Sudan nicht einigen. England hielt an der bestehenden gemeinschaftlich anglo-ägyptischen Sudanherrschaft fest und wollte ausdrücklich anerkennen, daß Ägyptens Rechte dort unverändert fortbestehen; Ägypten forderte jedoch Einräumung der ägyptischen Souveränität. Dies ist der Standpunkt der jetzigen verfassungsmäßigen Regierung Raha's Pascha, die vorige Diktaturregierung war ziemlich bereit gewesen, den englischen Vorschlag anzunehmen.

Abüstungskommission am 3. November

Einberufung erst nach der Völkerverammlung.

Genf, 8. Mal.

Die nächste Tagung des Völkerverbandsauschusses für die Vorbereitung der Internationalen Abüstungskonferenz ist auf Montag, den 3. November, einberufen worden. Das ist das Ergebnis der Vorbesprechungen des Präsidenten Landon mit den Mitgliedern dieses Ausschusses, die fast alle auch dem gegenwärtig tagenden Sicherheitskomitee angehören. In einem Rundschreiben an die Mitglieder des Abüstungsausschusses erklärt Landon, er habe die Mitteilung des englischen Premierministers MacDonald über die Ergebnisse der Londoner Seeabüstungskonferenz geprüft und „offiziös sich unterrichtet über die verschiedenen im Abüstungsausschuss vorhandenen Meinungen betreffend das Datum, zu dem der Ausschuss mit Nutzen seine Arbeiten wieder aufnehmen könnte. Dabei sei er zu der Meinung gekommen, daß eine Zusammenkunft des Abüstungsausschusses in diesem Sommer auf große materielle Schwierigkeiten stoßen würde, die den Ausschusarbeiten schädlich werden könnten.“

Bemerkenswert an der Mitteilung des Präsidenten Landon ist, so fügt W.B. hinzu, daß trotz der Verschiebung der von England, Deutschland und den nordischen Staaten gewünschten Sommer-tagung wenigstens das Datum der nächsten Tagung bereits festgelegt worden ist. Wie man vernimmt, wurde bei den offiziellen Vorbesprechungen von verschiedenen Seiten darauf gedrängt, nicht einmal das Datum der nächsten Tagung jetzt schon festzusetzen. Präsident Landon, der nach dem Auftrag der letzten Völkerverversammlung über die Einberufung des vorbereitenden Abüstungsausschusses zu entscheiden hat, bestand jedoch unter Berufung auf das Ergebnis seiner Vorbesprechungen und auf die hauptsächlich von deutscher Seite aufgestellte Forderung auf der sofortigen Festlegung der nächsten Tagung des Abüstungsausschusses, die bekanntlich auch den Abschluß der Vorarbeiten für die Internationale Abüstungskonferenz bringen soll.

Im Gegensatz zu diesem deutsch-offiziösen Optimismus, der einen Erfolg darin erblickt, daß man wenigstens ein Datum festgelegt hat, erblicken wir in der Hinausschiebung der Tagung bis zum Spätherbst, d. h. bis nach der Jahresversammlung des Völkerverbands einen sehr bedauerlichen Sieg jener Kräfte, die die Abüstung systematisch hintertreiben.

Die „materiellen Schwierigkeiten“, hinter denen sich der holländische Präsident Landon verfangt, bestehen lediglich in dem schlechten Willen einzelner Regierungen, insbesondere der französischen und der italienischen, auf die Landon seit jeher weitgehend Rücksicht genommen hat. Nach dem Abschluß der Londoner Seeabüstungskonferenz sprach alles für und nichts gegen ein unverzügliches Zusammentreten der vorbereitenden Kommission, so daß die Völkerverbandsstaaten, insbesondere die kleinen, im Rate nicht vertretenen Länder, die nur einmal im Jahre wiederkehrende Gelegenheit gehabt haben, auf der Völkerverammlung vor aller Welt zu den Ergebnissen der Kommission Stellung zu nehmen. Das aber wollten gerade die Abüstungshindertreiber vermeiden, und es ist ihnen wieder einmal gelungen. Wer weiß, wie oft das Datum des 3. November noch geändert werden wird!

Schlußbericht des Sicherheitskomitees.

Genf, 8. Mal. (Eigenbericht.)

Der Sicherheitsausschuss des Völkerverbands hat am Donnerstag seinen Schlußbericht mit einer Entschiedenheit an die Völkerverversammlung über die Verkehrsregelung der im Dienste des Völkerverbands lebenden Flugzeuge, sowie den Konventionenentwurf und einen Begleitbericht über die finanzielle Hilfeleistung an angegriffene Staaten zu Ende beraten und genehmigt. Die Frage, ob der Völkerverband auch eigene Verkehrsflugzeuge anschaffen soll, wogegen sich u. a. auch die deutsche Delegation ausgesprochen, ist offen gelassen worden. Im übrigen übernahm man die Vorschläge der Internationalen Kommission für Luftschifffahrt, so daß die Staaten von ihren Souveränitätsrechten nicht viel preisgeben brauchen. Sie beschließen sich vor, jedem Flugzeug eines anderen Landes oder jedes Flugzeug mit einem fremden Piloten, auch wenn es im Dienste des Völkerverbands fliegt, das Ueberfliegen des eigenen Staatsgebietes zu unterlagen, verpflichteten sich jedoch einstimmig, die dadurch ausgeschalteten Passagiere (Delegierte oder Kurier des Völkerverbands) so rasch als möglich an die Grenze zu befördern.

Die Gewährung der finanziellen Unterstützung an einen Staat für den Fall einer Bedrohung durch Krieg kann nach den Mehrheitsbeschlüssen des Ausschusses erfolgen,

wenn ein Staat die Kriegsverhütungsmassnahmen des Völkerverbands ablehnt

oder sie nicht berücksichtigt und der andere Staat die finanzielle Unterstützung des Völkerverbands anruft. Die deutsche, kanadische, italienische und japanische Delegation verfolgten demgegenüber einen Antrag — der auch an die Völkerverversammlung geleitet wird —, daß im Kriegsbedrohungsfall der Völkerverband den am Konflikt beteiligten Staaten nur mitteilen soll, daß er dem angegriffenen Staat finanzielle Unterstützung gewähren würde. Wichtig ist, daß die Konvention mit der in Aussicht stehenden Abüstungskonvention verbunden werden soll; d. h. die eine Konvention soll nicht vor der anderen in Kraft treten. Damit wird man auf die Verhandlungen der Abüstungskommission einen gewissen Druck (?) ausüben.

Am Freitag wird der Sicherheitsausschuss nach den Konventionenentwurf für die Verstärkung der Kriegsverhütungsmittel zu Ende beraten. Seine Session ist damit beendet.

Reizner bleibt. In der Leipziger Stadtverordnetenversammlung sind sämtliche Anträge, den Polizeipräsidenten Reizner wegen der blutigen Ereignisse am kommunistischen Reichsjugendtag abzuberufen, abgelehnt worden. Angekommen wurden sozialdemokratische Anträge, die Aufhebung des angeführten Osterorgans erlassenen Demonstrationen- und Versammlungsverbotes verlangen.

Eine Frau als Professorin. Zum Referenten im Reichsministerium der besetzten Gebiete ist Frau Dr. Josephine Welsch ernannt worden.

Sepets würdiger Nachfolger als Chef der christlichsozialen Partei wird der Beheimminister und Erziehungsrat Baugoin.

An der südslowakisch-rumänischen Grenze flüchte der südslowakische Bauer Stefan Desli aus Heint und geriet mit der rumänischen Grenzwehr in Streit. Die rumänischen Grenzwächter haben den Bauern erschossen. Nachforschungen nach der Leiche waren ergebnislos. Man nimmt an, daß die Grenzwächter aus südslowakisches Gebiet kamen und die Leiche fortjagten. Eine Untersuchung des Vorfalls durch die slowakischen Behörden ist eingeleitet.

Die Osthilfe.

Die Regierung Brüning-Schiele plant ein Fünfjahresprogramm für den Osten.



Stalin: „Meine Herren, ich warne Sie aus eigenster, bitterster Erfahrung vor der Aufstellung von Fünfjahresplänen!“

Preußen in der Reichspolitik.

Politische Rede Otto Brauns. — Benachteiligung Preußens gegen Bayern.

Auf der Tagesordnung des Preussischen Landtags stand am Donnerstag der Etat des Staatsministeriums. Zur politischen Aussprache nahm sofort das Wort

Ministerpräsident Braun:

Es wird vielleicht zur Abklärung der Debatte beitragen, wenn ich eingangs der Besprechung den Standpunkt der preussischen Regierung zu den wichtigsten Fragen kurz zum Ausdruck bringe. Nach einer alten, wenn auch nicht gerade guten Übung wird bei meinem Etat alles mögliche besprochen, wofür ich nur mittelbar oder gar nicht zuständig bin. (Zuruf bei den Komm.: Sie bestimmen doch die Richtlinien der Politik!) Gottseidant, bis jetzt noch. (Große Heiterkeit.) Ich habe in einer Magdeburger Rundgebung meiner Partei anlässlich des zehnjährigen Erinnerungstages des Kapp-Zustandes gesprochen; das ist mir zum Vorwurf gemacht worden, weil die Versammlung gerade mit dem sogenannten Volkstrauertag zusammenfiel. Dieser Volkstrauertag ist eine Erfindung des Birelins für Kriegsgräberfürsorge, der keinen Tätigkeitsbereich erweitern möchte. Alle öffentlichen Körperschaften haben diesen Volkstrauertag abgelehnt, ich sehe ihn mehr als Vereinsangelegenheit wie als Volksfrage an. Wie in anderen Jahren, so ist auch in diesem das Gedächtnis der Toten zur Wahrung des Revolutionsgedankens und zu scharfer Kritik an der Republik mißbraucht worden. Selbst bei den Kirchensiegern für die Kriegsgelassenen haben besonders evangelische Geistliche sich nicht verhalten können, vom Dolchstoß, vom „politischen Vögel“ und „gottlichen Hohn“, vom heillosen Parlamentarismus und der unfähigen Stümpererei der heutigen Staatslenker zu sprechen, und Sie werden es begreifen, daß ich an solchen Veranstaltungen nicht teilnehmen, wie auch, daß ich durch solche Veranstaltungen mir in meiner außerparlamentarischen politischen Tätigkeit keinerlei Beschränkung auferlegen lasse. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Stahlhelmfeiern der evangelischen Kirche

tragen übrigens nicht dazu bei, den republikanischen Kreisen eine positive Stellungnahme zum künftigen Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche zu erleichtern. (Sehr wahr! links.) Gleichwohl hoffe ich, daß die Verhandlungen in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis führen werden.

An der Abberufung der drei hannoverschen Landräte muß die Staatsregierung festhalten. Wenn der Oberpräsident als Kommissar der Staatsregierung erklärt, daß eine Stellungnahme gegen das Provinzialjudikollegium nicht Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung des Provinziallandtags sein kann, dann dürfen Landräte als politische Beamte sich an dieser Erörterung und Beschlußfassung nicht beteiligen. Laten Sie es doch, so war das ein Affront gegen die Staatsregierung und ihren Kommissar. Wenn diese Maßregelung Anlaß zu einer Vos-von-Berlin-Bewegung gegeben hat, so scheint mir das für die Reichsreform ein schlechter Ausgangspunkt. Wer aus diesem Anlaß wegen einer durch die Staatsraison absolut erzwungenen Maßnahme den Gedanken der Separation von Preußen propagiert, verrät mehr staatspolitisches Denken und Verantwortungsbewußtsein. (Sehr wahr! links.) Ich hoffe, daß der Provinziallandtag daraus lernen wird, sich in dem ihm durch Gesetz gezogenen Rahmen zu halten und Beamte nicht wieder in eine derartige Situation zu bringen. (Zuruf rechts: Wie ist es denn mit der Abstimmungsfrist hier im Landtag?) Ja, ich warne Reuziger! (Große Heiterkeit.)

Die Reichsreform als solche ist ein kühleres Kapitel.

Zu der Arbeit der Sachverständigenausschüsse Stellung zu nehmen, hatte die preussische Regierung noch keine Veranlassung. Von Regierungen wegen haben wir uns darauf beschränkt, im Reichsrat den Abbau des § 35 des Finanzgesetzes zu fordern. Die preussische Regierung gönnt durchaus allen Ländern ihre Selbständigkeit, die willens und in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu erhalten. Wo das nicht der Fall ist, kann sie den Entschluß zum Anschluß an Preußen nur als Konsolidierung der Verhältnisse begrüßen. Der § 35 selbst ist ein Ueberbleibsel aus der Inflationszeit; er kostete dem Reich im Jahre 1924 7,6 Millionen, 1928 aber bereits 40,7 Millionen. Davon erhält Bayern allein 26 Millionen, Lippe 1½ Millionen, Mecklenburg-Strelitz ¼ Millionen. Wir haben die Pflicht, einer derartigen Plage des kleinräumlichen Partikularismus auf Kosten der Reichskasse entgegenzutreten, schon weil wir selbst unsere Steuerquellen bis aufs äußerste ausschöpfen müssen.

Aus den neuen Reichssteuern erhält Bayern eine Zuwendung von 24 Millionen, das sechsmal so große Preußen nur eine solche von 34 Millionen. Außerdem erhält Bayern auf Grund eines Urteils vom Staatsgerichtshof für verfassungswidrig und nichtig erklärten Gesetzes eine Sonderzuwendung von 46 Millionen jährlich;

und dazu dann die Leistungen aus § 35. Preußen würde eine umfassende Steuerentlastung vornehmen können, wenn es vom Reich ebenso bedacht würde wie Bayern.

Man hat versucht, die Osthilfe als besondere Bergankung Preußens hinzustellen. Ja, wenn es ein besonderer Vorzug für Preußen wäre, daß es als einziges deutsches Land durch den

Weltkrieg erhebliche Gebietsverluste und drei Milliarden Vermögenswerte verloren hat, daß seine Provinzen durch den polnischen Korridor zersplittert werden! Die Hilfsmassnahmen des Reiches für den Osten haben stets auch den preussischen Etat belastet, und wir haben dabei bereits erhebliche Verluste erlitten. An der neuen Osthilfe werden wir loyal mitarbeiten, wenn wir die Gewähr haben, daß der Wirtschaft wirklich nachhaltig geholfen wird. Wenn aber Bayern von seinem Osten spricht, dem geholfen werden müsse, so ist das einfach grotesk. Wo sind denn in Bayern die neuen Grenzbeziehungen, wo die Zerstückelung des Staatsgebietes durch eine auswärtige Macht, wo die

Zerstörung der Wege- und Eisenbahnverbindungen?

(Sehr gut! links.) In zahlreichen Amtsstuben des Reiches herrscht unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der jeweiligen Reichsregierung eine ausgesprochen preußenfeindliche Gesinnung. (Sehr wahr! links.)

Bei aller Bereitschaft zur Osthilfe dürfen wir nicht vergessen, daß auch der Westen außerordentliche Mittel beanpruchen kann, um die wirtschaftlichen und sonstigen Schäden der langen Besetzung zu heilen. (Sehr gut! links.) Eine offene Wunde ist die Saargebietfrage. Hier bleibt die Liquidation des Krieges noch durchzuführen. Der preussische Staat muß die Lastrücklage Rückgabe seiner Gruben verlangen. Sollten uns erhebliche Zugeständnisse abverlangt werden, dann müßten wir lieber die fünf Jahre bis zum Termin des Friedensvertrags noch abwarten.

Einer allgemeinen Amnestierung der Fremdenhater aus Anlaß der Rheinlandräumung wird die preussische Staatsregierung nicht zustimmen. (Unruhe rechts.) Diese

feigen und bestialischen Norddaten

hatten mit dem Besatzungsregime gar nichts zu tun. (Sehr wahr! links.) Auch die Forderung auf Einstellung der Disziplinarmassnahmen gegen Beamte wegen aktiver Teilnahme am Volksbegehren werden wir nicht erfüllen. Wir können keinen Strich unter diese Epitaphen machen, weil die Parteien, die hinter dem Volksbegehren standen, selbst die Fortsetzung ihrer Aktionen angekündigt haben. Wir haben die Pflicht, auch für die Zukunft vorbeugend zu wirken. (Beifall links. Unruhe rechts.) Auf das Urteil des Staatsgerichtshofs in dieser Sache werde ich bei anderer Gelegenheit ausführlich zurückkommen.

Der auch aus diesem Anlaß erhobene Vorwurf, die preussische Regierung lasse sich von einseitigen parteipolitischen Grundrissen leiten, entbehrt jeder Begründung. Die preussische Regierung wird nach den Richtlinien geführt, die ich am 10. November 1921 in diesem Hause entwickelt habe, als ich mein erstes Kabinett vorstellte. Ruhige sachliche Arbeit am Wiederaufstieg Deutschlands zu einer bessern Zukunft ist seitdem das Leitmotiv der preussischen Politik geblieben und wird es bleiben, solange ich Ministerpräsident bin. Bei aller Rücksicht auf den Standpunkt der in der Regierung vertretenen Parteien wird ausschlaggebend für die preussische Regierung letzten Endes immer das Staatsinteresse sein. (Beifall rechts links und in der Mitte.)

Abg. Schlusmann (Soz.):

Der früher übliche früh-frühliche Ansturm gegen den Bestand der preussischen Regierung hat nachgelassen. Die im Ausschuss am Ministerpräsidenten Braun geübte Kritik war eigentlich nur eine Brockenammlung verpöhter Gelegenheiten und eine Wiederholung vergeblicher Anfragen aus der Verwaltung der einzelnen Ressorts. Man besprach Einzelheiten aus der Personalpolitik — zuständig der Innenminister, aus dem Kontordat (zuständig der Kultusminister) und aus der allgemeinen Wirtschaftspolitik (zuständig der Reichswirtschaftsminister). (Heiterkeit.) Die politische Arbeit des preussischen Staatsministeriums hat die Opposition überhaupt nicht angehen können. Jedemfalls wird man im Lande das große Attribut der Stabilität Preußens nicht verkennen, einer

Festigkeit der Regierungsverhältnisse, die bisher weder das Reich noch ein anderes Land erreicht hat.

Im Anschluß an die Bildung der neuen Reichsregierung und namentlich im Anschluß an das Glückwunschtelegramm des Abg. Dr. Hess an Brüning ist die Frage nach dem Fortbestand der preussischen Koalition aufgeworfen worden. Wir glauben, daß das Zentrum nicht ohne Not auf den preussischen Ausgleich für seine Rechtschwankung im Reich verzichten wird. Wir sind aber vor allem überzeugt, daß jede Reichsregierung Wert auf den Fortbestand der sicheren Regierungsverhältnisse in Preußen legen muß. Wir selbst sind bereit, die fruchtbarste Regierungsarbeit in Preußen fortzusetzen. (Beifall rechts links und in der Mitte.)

Abg. Steuer (Dnat.): Nicht Staat und Nation, sondern Koalition und Parteieninteresse geben jetzt in Preußen den Ausschlag. Herr Braun verbindet ein Maximum an Machtbewußtsein mit einem Minimum von Rechtsgefühl. Eine Frontbildung gegen den Marxismus ist auch im Reich unmöglich, solange Braun der preussischen Regierung das Gepräge gibt. Eine bürgerliche Staatspolitik muß durch einen Regierungswechsel in Preußen inauguriert werden. Wir verlangen Schluß der Unterscheidung zwischen republikanischen und nichtrepublikanischen Parteien, Beseitigung des Tages der Selbstreflexion, des 11. August, aktiver Kampf aller positiv christlich gesinnten Kräfte gegen die kulturelle

Keine Erhöhung der Bäderpreise.

Neuer Vorstoß gegen die städtischen Wirtschaftsbetriebe im Stadtparlament.

In der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung war das Hauptinteresse auf die Abstimmungen über die vom Magistrat geplanten Erhöhungen der Preise in den städtischen Warmwasserbädern konzentriert. Mit den Sozialdemokraten lehnte eine große Mehrheit die Verteuerung ab. Die Deutschnationalen unternahmen, unterstützt von der Wirtschaftspartei, wieder einmal einen Vorstoß gegen die städtischen Wirtschaftsbetriebe, der aber völlig daneben geriet.

„Kleine Anfragen“ auch im Stadtparlament! Den Deutschnationalen hatte es ein Film „Aus der Jugendwohlfahrtsarbeit der Stadt Berlin“ angetan. Unter der Bezeichnung „Was die Stadt in den letzten zehn Jahren an der Jugend leistete“ sollen auch schon länger bestehende Wohlfahrtsanstalten gefilmt worden sein; außerdem erkundigte man sich nach den Kosten des Films. Stadtrat Dr. Schmidt (Soz.) antwortete sofort: In dem Teil des Films mit der genannten Bezeichnung sind nur Einrichtungen aufgenommen, die erst nach dem Krieg entstanden sind. Im zweiten Teil werden allerdings auch ältere Anstalten gezeigt. Den Film haben Beamte der Stadt gedreht, er kostet ganze 4000 M. — Filmgesellschaften forderten 25000 M. Mit der Unterstützung der Kommunisten lehnten die Deutschnationalen die Befragung durch, in der dann ein kommunistischer Redner der Stadtvorordneten Frau Kahlert (Dnal.) die leitenden Happen weg schnappte. — Dann kam wichtigeres heran: Bäderpreise.

Erhöhung der Bäderpreise

In den städtischen Anstalten. Der Magistrat begründete die Erhöhung mit der Steigerung aller Ausgaben. Die Preise sind seit 1924 nicht erhöht worden, der Zuschuß für die Bäder ist jedoch ständig gestiegen; er wird für 1930 mit 2 Millionen Mark veranschlagt. Man wollte also einheitliche Preise festsetzen, so sollte ein Schwimmbad 40 Pfennig kosten, die Brausebäderpreise sollten entsprechend erhöht werden. Der vorberatende Ausschuss hat die Vorlage abgelehnt, so berichtigte Stadtv. Woywod (Soz.). In der Debatte meinte Stadtv. von Dalmwig (Dnal.), die Stadt solle zunächst einmal die Badeanstalten von allen möglichen Lasten befreien, die zu tragen Sache der Stadt wäre. Dann könnte man die Bäderpreise so wie bisher belassen. Die Nationalsozialisten hatten sich in einem dritten Antrag gegen die Erhöhung der Bäderpreise gemeldet, allerdings verfiel ihr Vertreter die Beratung des eigenen Antrages im Ausschuss; er kam einfach nicht in die Sitzung. Stadtmehdijmalist von Drigalski begründete die Vorlage mit etatrechtlichen Erwägungen. Stadtv. Barthelmann (Soz.) gab zu bedenken:

ob eine Erhöhung der Bäderpreise nicht einen Rückgang der Besucherzahl zur Folge haben könnte, so daß dann die erhoffte Mehreinnahme ausbleibe. Eine Verminderung der Besucherzahl hätte auch gesundheitliche und volkshygienische Nachteile im Gefolge, das könne aber nicht die Absicht des Magistrats sein. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die Erhöhung der Bäderpreise ab. Mit großer Mehrheit wurde die Erhöhung dann auch abgelehnt. Zugestimmt wurde einer Vorlage, die 84000 M. für Feuer- und explosionsgefährliche Schränke zur Verbesserung von Röntgenfilmen in den Krankenhäusern vorsieht. — Nach einer Vorlage des Magistrats soll die Schlafzeit in den Markthallen am 21. Dezember jeden Jahres auf 17 Uhr, für Lebensmittel- und Gemüsehändler auf 18 Uhr festgesetzt werden; die Markthallen sollen am 23. Dezember von 7 bis 19 Uhr ohne Unterbrechung geöffnet bleiben. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde in diese Bestimmungen die Verpflichtung nach Innehaltung der gesetzlichen Ruhepausen für das Personal aufgenommen und mit dieser Ergänzung dann die ganze Vorlage angenommen. Die Nationalsozialisten protestierten gegen die Zahlung von Repräsentationsgeldern an städtische Beamte und Angestellte. Es sollte wieder einmal eine muntere Jagd gegen den Magistrat werden

und da fehlte selbstverständlich Herr Lange von den Kommunisten nicht. Nur beschäftigte er sich nicht mit seiner Entfernung vom Vorstandsposten des Roten Frontkämpferbundes in Neutölln, als feinerzeit sein Kaffierer wegen „doppelter Buchführung“ gehen mußte. Nach dem nationalsozialistischen Redner führte Stadtv. Caspari (D. Sp.) das Geschrei über „Repräsentationsgelder“ auf seinen wahren Wert zurück. Dienstaufwandsentschädigungen werden auch an kleine und kleinste Magistratsangestellte gezahlt, sofern ihr besonders gelagerter Dienst dies erfordert; insbesondere erhalten Aufwandsentschädigungen solche Gelder. Wenn sich die Nationalsozialisten gegen diese Beamten- und Angestelltenkategorien wenden wollen, so wolle man sie nicht hindern. Vom Magistrat erhalten nur die beiden Bürgermeister Dienstaufwandsentschädigungen, auf die sie ein vertragliches Recht haben. Stadtrat Wühly (Soz.) erklärte als Stellvertreter des Bürgermeisters, daß sich der Magistrat nicht vorstellen könnte, daß bei dem nationalsozialistischen Antrag auch die vertraglich durch die Stadtvorordnetenversammlung festgesetzten Dienstaufwandsentschädigungen der Bürgermeister gemeint wären. Demzufolge habe der Magistrat auch von einer Gegenüberstellung Abstand genommen. — Dann ging es wieder einmal

gegen die städtischen Wirtschaftsbetriebe. In einem Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Möglichkeiten ihrer Auflösung leiteten die Deutschnationalen die alte Platte wieder ab und fanden dabei — was wäre selbstverständlicher! — die Unterstützung der Wirtschaftsparteier. Abbau der Brennstoffgesellschaft, Lösung des Vertrages mit der Berliner Hofen- und Lagerhausgesellschaft, Fort mit der Berliner Reklamengesellschaft — so forderten die Redner, bis dann Stadtrat Hahn (Dem.) die Notwendigkeit der Beibehaltung städtischer Wirtschaftsbetriebe nachwies und besonders die Wirtschaftlichkeit der „Behala“ an Hand ihres letzten Geschäftsberichtes betonte. Schließlich beantragten die Demokraten die Einberufung eines Rechts- und Wirtschaftsausschusses über den Erfolg einer Anfechtung der Behalaverträge und die Kommunisten forderten die Aufhebung der „Matrasenkur“ durch die Beret. In der Abstimmung wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten alle Anträge abgelehnt nur der demokratische Antrag fand fast einstimmige Annahme. Schluß der Sitzung gegen 21 Uhr.

Der Fall der Sängerin. Haftbefehl gegen Elisabeth Reithberg aufgehoben.

In einem Dresdener Konzertsaal hat sich bei einem Gastspiel der Sängerin Reithberg ein seltsamer Zwischenfall zugetragen. Die Künstlerin sollte auf Grund der Forderungen einer Konzertagentur verhaftet werden, und nur ihr angegriffener Gesundheitszustand schützte sie vor dieser Maßnahme. Ähnlich wird jetzt dazu mitgeteilt, daß es sich um die Vollziehung einer Anordnung des Landgerichts Berlin gehandelt hat. Danach war gegen Frau Reithberg wegen einer umstrittenen Forderung der Berliner Internationalen Konzertbetriebsgesellschaft m. b. H. der sogenannte persönliche Arrest und zu dessen Vollziehung die Verhaftung der Künstlerin angeordnet worden. Mit der Ausführung dieser Anordnung des Berliner Arrestgerichts war auf Veranlassung der Gläubigerin der zuständige Dresdener Gerichtswallzeiler beauftragt worden, dem auf Verlangen der Gläubigerin durch das Vollstreckungsgericht gestattet worden war, die Vollstreckung auch zur Nachtzeit, d. h. nach 9 Uhr abends, vorzunehmen, und der bei seinem Vorgehen an den Auftrag der Gläubigerin gebunden gewesen ist. Welche Gründe zur Anordnung des persönlichen Arrestes durch das Berliner Gericht geführt haben und warum zur Vollstreckung dieser für bestimmte Ausnahmefälle gesetzlich vorgesehenen Maßnahme

an Stelle milderer Freiheitsbeschränkungen (Bauenzugung) die Haft angeordnet worden ist, ist nicht bekannt und konnte, da es sich um eine richterliche Entscheidung handelt, nur durch das hierfür zuständige Berliner Gericht nachgeprüft werden. Die sächsische Regierung hat daher keine Möglichkeit, in die Behandlung dieses Falles einzugreifen, für den die gesetzlichen Grundlagen bestanden haben, dessen Auswirkung aber im Interesse der berühmten Künstlerin nur bedauert werden kann.

Dresden, 8. Mai.

Die zur Regelung des Falles Reithberg erforderliche Summe von 82 000 M. ist dem Vernehmen nach inzwischen durch Bankbürgschaften des Banthauses Gebr. Arnhold aufgebracht und beim zuständigen Amtsgericht hinterlegt worden. Frau Reithberg, die, wie sie erklärt, die Angelegenheit selbstverständlich nicht auf sich beruhen lassen, sondern gerichtlich weiterverfolgen wird, fühlt sich durch die Vorgänge der letzten Tage noch sehr angegriffen, hofft jedoch, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Dresdener Opernhaus nachkommen zu können. Die Künstlerin, die gegenwärtig noch in der Privatklinik des Sanitätärats Dr. Salzburg weilt, hat sich für vier Opernabende verpflichtet und soll heute zum erstenmal als Elisabeth im „Lannhäuser“ auftreten.

Berlins Wohnungsfürsorge. Rede des Stadtrates Czemincki.

Der Haushaltsausschuss der Stadtvorordnetenversammlung schloß gestern seine Sitzungen beim Kapitel Siedlungs- und Wohnungswesen fort. Dabei hielt der sozialdemokratische Deputierter Stadtrat Czemincki, eine bedeutende Rede über die Tätigkeit der Berliner Wohnungsfürsorge. In einigen Zeitungen sei behauptet worden, in diesem Jahre werde für den Wohnungsbau nichts getan. Die Zahlen reden jedoch eine andere Sprache. Bis zum 1. Mai sind im Jahre 1930 12 000 Wohnungen fertiggebaut und bezogen worden, 23 000 weitere Wohnflächen sind im Bau; hiervon werden noch 16 000 in diesem Jahre fertig. Im ganzen sind seit 1924 rund 127 000 Wohnungen mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln erstellt worden.

Diese Zahl könnte noch um ein beträchtliches größer sein, wenn Berlin von den im gleichen Zeitraum aufgebracht 1,7 Milliarden Mark Hauszinssteuern einen gerechteren Anteil erhalten hätte. Man hat der Reichshauptstadt nur 600 Millionen gelassen. Auf eine Anfrage, die sich mit der Verteuerung der Mieten in den Neubauwohnungen beschäftigte, antwortete der Redner mit der Feststellung, daß außer der Steigerung der reinen Baukosten, die gegenüber der Friedenszeit um rund 75,6 Proz. gestiegen seien, die Ausschließungskosten (Straßenbaukosten) stark mitveräuert worden. Diese Kosten machen teilweise das Bierfache des für den Erwerb des Grund und Bodens gezahlten Betrages aus. In verschiedenen deutschen Städten werden die Ausschließungskosten ganz oder zum Teil von der Gemeinde getragen, ein Ziel, das bei einer besseren Finanzlage Berlins gleichfalls zu erstreben sei. Auf eine Anfrage des deutschnationalen Stadtvorordneten Dr. Steiniger über die Grundzüge der Ausschließung von Wohnberechtigungsscheinen bei von auswärtig Zugehenden erklärte Stadtrat Czemincki, daß die Scheine nur an verheiratete Leute gegeben werden, die polizeilich gemeldet sind, eine Beschäftigung nachweisen können und die an ihrem bisherigen Wohnort eine Wohnung inne hatten, die der Zwangswirtschaft unterliegt. Entgegen früher genannten Zahlen über den Wohnungsbedarf teilte der Redner mit, daß in Groß-Berlin zurzeit etwa 70 000 Familien wohnungsbedürftig sind. Zum Kapitel Kleingartenwesen begründete der sozialdemokratische Stadtvorordnete Reinhold einen Antrag seiner Fraktion



„Herr Jakobson, so können Sie nicht weiter sprechen. Das ist ganz unmöglich, verstehen Sie, das ist ganz unmöglich. Gott sei Dank, daß gerade nur ich Sie in dieser Verfassung antreffe. Schicken Sie sofort Ihren Amtsdienner in die Apotheke und nehmen Sie Brom. Drei Granum wird genügen.“

„Fräulein Schmitt!“

„Sie dürfen den Kopf jetzt nicht verlieren, das dürfen Sie nicht, Jakobson, und wenn alles noch so sehr drunter und drüber geht. Schauen Sie, bis jetzt haben Sie alles so gut geführt, so klar und so sachlich, so unparteiisch. Herr Wessel hätte es nicht besser machen können, Herr Wessel hätte sicher öfters die Gebuld verloren. Und nun wollen Sie sich auf einmal alles von ein bißchen Nerven verpatzen lassen. Das dürfen Sie nicht.“

„Fräulein Kamma —“

„Wenn das nicht wahr ist, dieses dumme Gerücht von Frau Fredrikson, — ich hab es ohnehin nicht glauben wollen —, so kann ich Ihnen vielleicht in anderer Beziehung nützlich sein. Ich dachte mir, Schaden kann es auf keinen Fall.“

„Ich bin froh, daß Sie da sind, ich bin glücklich. Sie haben so was Beruhigendes. Ein Segen, daß Sie so ganz ohne Phantasie sind, und überhaupt — Fräulein Nielsen, sind Sie denn ganz des Teufels, merken Sie denn nicht, daß das ein Privatgespräch ist und kein amtliches Protokoll. Wenn man Ihnen ihr eigenes Todesurteil diktiert —“

(Das Protokoll wird für einige Minuten unterbrochen, da der Untersuchungsrichter von leichtem Unwohlsein befallen wurde.)

„... daß er ein Bankdefraudant ist, wundern mich gar nicht. Dumme Menschen sind einfach alles imstande. Schade, daß man ihn erwirbt hat.“

„Über Fräulein Schmitt!“

„Es tut mir leid um ihn, er wird sehr viel leiden müssen wegen dieser albernen Geschichte.“

„Ich könnte Ihnen auch Leid tun. Was mache ich nun mit diesem geständigen Aufsmörder?“

„Die Zeuginnen müssen eben noch einmal her.“

„Um Gotteswillen!“

„Warten Sie nur. Vor allem sorgen Sie dafür, daß die ganze Geschichte von der Defraudation rechtzeitig in die Presse kommt. Jawohl, in die Presse. Und zwar nicht erst durch Fräulein Hasting, sondern „amtlich“ wird gemeldet.“

„Berstand!“

„Ich weiß aber noch immer nicht —“

„Sie dürfen keinesfalls vergessen, von seiner Neue und seinen Tränen und seiner liebenden Braut zu sprechen, und Sie müssen jedenfalls erwähnen, mit was für einer geringen Summe dieser Ekel durchgebrannt war.“

„Ich begreife immerhin keineswegs —“

„So warten Sie doch. Sie werden im Leben wissen, was Frauen sind. Ein kleiner Bankbeamter, Defraudant und bürgerlicher Bräutigam ist ganz was anderes als ein geheimnisvoller Schriftsteller und Verbrecher. Mit dem wird keine was zu tun haben wollen.“

„Aber Sie waren doch alle in ihn verklebt gewesen.“

„Richter Jakobson, Sie sind ein unrettbarer Fall.“

„Und Birgit Hasting, die wird doch auch nicht mit einemmal die Waffen strecken.“

„Birgit Hasting — ja, die ist immer noch eine Gefahr. Wissen Sie was, ich hab eine Idee: lassen Sie Birgit Hasting verhaften.“

„Fräulein Schmitt, Sie sind zwar sehr geschick, aber von juristischen Dingen verstehen Sie einmal gar nichts. Ich kann doch die Dame nicht ganz einfach, nur weil Sie uns unbequem ist, ohne weitere Ursache verhaften lassen.“

„Ohne weitere Ursache klingt großartig. Die ist doch überhaupt schuld an dem ganzen Betrieb.“

„Das werde ich aber schwerlich beweisen können. Nein, nein, auf solche Streiche lasse ich mich nicht ein. Das kann mich wie nichts meine Stellung und meine Karriere kosten.“

„Gibt es sonst noch Beweismaterial gegen Rist? Daß er nicht im Badehaus gewesen war, wissen wir.“

„Er wird es aber wieder behaupten.“

„Unsim. Was gibt es noch?“

Der Sprung aus dem Fenster ist aufgeklärt, das geheimnisvolle Bild ebenfalls, bleiben noch das blaue Band, doch das soll ja auch dieser Braut gehören, und die Gedächtnis. Zeigen Sie mir doch mal das Band. Ich kannte ja auch die Kleider der Ossipowna.“

„Dieses Band gehörte natürlich der Braut mit den blonden Zöpfen. So ein kitschiges Bergschmelzblau hätte die Ossipowna nie getragen. Sie liebte immer nur starke Farben.“

„Das wäre alles.“

„Kann ich nicht auch die berühmten Gedichte jehen?“

„Nein, Fräulein Schmitt, das ist keine Lektüre für eine junge Dame.“

„Ach was, machen Sie doch keine Geschichten. Ich bin gar nicht so. Und außerdem: was wird Torben Rist denn schon Schreckliches geschrieben haben.“

„Es ist wirklich nicht ganz appetitlich — nein —, es ist wirklich schlüpfriges und ekelhaftes Zeug.“

„Und ich habe wirklich nicht die Absicht, mehr als drei Zeilen davon zu lesen. Ich hege nur einen bestimmten Verdacht. So geben Sie doch.“

„Ich wußte es ja. Diese Gedichte sind nicht von Rist.“

„Von wem also?“

„Das — das werde ich nicht sagen.“

„Dann weiß ich es. Dann sind Sie von demselben, der auch im Badehäuschen von Karejund gewesen war und sich nachher bei mir gemeldet hat.“

„Was für ein Einfall! Der hat doch bei Gott nichts mit Literatur oder mit Poesie zu tun.“

„Mit Poesie — warten Sie mal. Dann meinen Sie also Lehrer Lund.“

„Nein, den meine ich nicht. Was fällt Ihnen ein. Das kann den Mann keine Stellung kosten. Herrgott, dieses ewige Protokollieren. Ich bin doch nicht als Denunziantin zu Ihnen gekommen.“

„Fräulein Schmitt, lassen Sie diese Scheinmissetuerei, ich weiß ja doch, diese Gedichte sind von Ole Lund, von Ihrem ehemaligen Bräutigam.“

„Und wenn Sie das noch einmal sagen, dann werde ich erzählen, von wem die Gedichte wirklich sind.“

„Wofür?“

„Diese Gedichte — wenn Sie es unbedingt wissen müssen, diese Gedichte sind von mir.“

„Fräulein Schmitt!“

„Zwingen Sie einen nicht zu Aussagen, die man nicht machen will.“

„Das ist nicht wahr! Das ist nicht möglich!“

„Ich werde Ihnen es gleich beweisen.“

(Fortsetzung folgt.)

auf Bereitstellung von 100 000 M. zum Ausbau und zur Förderung der Kleingärten. Die Abstimmungen finden erst in einer der nächsten Sitzungen statt.

Die Herren von Schöneiche.

Kennwetten auf Kosten der Gemeinde.

Wie bereits kurz mitgeteilt, hat der Gemeindevorsteher von Schöneiche, Albrecht, in Swinemünde einen Selbstmordversuch verübt, dessen Ursache auf Verschlingen finanzieller Art zurückzuführen sind. Von einem Kenner der Verhältnisse in der Gemeinde Schöneiche werden uns dazu folgende ausführliche Einzelheiten zur Verfügung gestellt.

Schöneiche ist ein Ort mit etwas mehr als 2000 Einwohnern, der, nahe vor den Toren Berlins gelegen, zum Kreise Niederbarnim gehört. Der Kreis Niederbarnim zählt die Gemeinde mit zu den reichsten des Kreises, die mit der Gemeinde Kalkberge eine Straßenbahn betreibt, aus dieser jährlich erhebliche Mittel bezieht und so außerordentlich niedrige Steuerzuschläge erhebt. Schöneiche gilt als der Ort der kleinen Pensionäre und Geschäftsleute, die als ehemalige Berliner sich dort in dem schönen Waldgebiet angehöfeln haben. Bis zum 17. November 1929 war unter dem neuen Gemeindevorstand nur ein Sozialdemokrat. Die Gemeinde hatte zwei Gemeindevorsteher, den Sekretär Albrecht, der zu gleicher Zeit ehrenamtlicher Gemeindevorsteher war, und den Rentanten Steffen. Die beiden Herren haben es verstanden, seit vielen Jahren die früheren Gemeindevorsetzungen vollständig zu beherrschen. Seit der Neuwahl der Gemeindevorsetzung im November 1929 änderte sich das Bild. Neue Männer zogen in das Gemeindepalast ein, darunter auch zwei Sozialdemokraten, die bisher dem Gemeindepalast nicht angehört. Seit dem Zusammenritt der neuen Gemeindevorsetzung hat innerhalb dieser ein schwerer Kampf getobt. Entschuldigungen und Mißtrauensvoten gegen die Verwaltung der Straßenbahn, von denen zu gleicher Zeit der Gemeindevorsteher von Schöneiche getroffen wurde, kamen mit Hilfe und auf Betreiben der beiden Sozialdemokraten zur Annahme. Durch den Schuß, den sich der 35jährige Gemeindevorsteher in einem Hotel in Swinemünde selbst beibringt hat, sind die Dinge ins Rollen gekommen. Auch der Rentant Steffen ist verschwunden. Welchen Schaden die Gemeinde haben wird, ist noch nicht festzustellen. Bündel unbezahlter Rechnungen wurden vorgefunden. Inwiefern durch eine unzulässige Kreditpolitik die Gemeinde geschädigt ist, läßt sich noch nicht übersehen. Sichtbar wurde nur, daß die sonst wohlhabende Gemeinde Schöneiche über die schlechtesten Schulverhältnisse im Bezirk verfügt. Sie war auf Grund der Finanzmishandlung nicht instande, zwei kleine Zwergschulen, die zehn Minuten im Orte voneinander entfernt seit über 20 Jahren existieren, miteinander zu verschmelzen, wozu auf Grund der Mißwirtschaft die Mittel fehlten. Die Aufsichtsbehörde, das Landratsamt Niederbarnim, griff verschiedentlich ein. Es gab Verwarnungen gegenüber dem Gemeindevorsteher und ein Strafmandat gegenüber dem Rentanten. Aber die alte Gemeindevorsetzung verweigerte. Sie nahm ihr Kontrollrecht höchst oberflächlich wahr, auch Unfähigkeit dürfte dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben. Der Gemeindevorsteher und der Rentant sollten das Geld bei Pferderennen und mit Wetten durchgebracht haben. Nach letzten Aufzeichnungen des Gemeindevorsetzers sollen sich die Buchmacher Schulden des Rentanten, der seit Tagen nicht mehr auffindbar ist, auf Hunderttausende belaufen. Er selbst soll noch eigenen Angaben Buchmacher Schulden in Höhe von 30 000 bis 40 000 Mark haben. Steffen gehört der Nationalsozialistischen Partei an, während der Parteigenosse sich verschleudert hat, nicht den künftigen Kursus vertreiben, sondern: „Wer nicht auf Schwarz weiß, rot schwarz, der ist ein Lump!“ Bei einer vor etwa zwei Jahren stattgefundenen Amtsvorsteherwahl wurde der Gemeindevorsteher Albrecht von den Nationalsozialisten als Gegenkandidat gegen den Sozialdemokraten im Kreisrat vorgeschlagen. Inwiefern die Mißstände in der Gemeindevorwaltung Schöneiche auch auf den Straßenbahnbetrieb Schöneiche-Kalkberge GmbH. übergriffen, werden die späteren Kämpfe lehren. Die Bereinigung wird durchgeführt werden, dafür ist gesorgt.

Der Kassenrentant Steffen, der noch Ausdeckung der Veruntreuungen sichtlich war, hat sich auf dem Amtsgericht in Rügenitz den Behörden gestellt.

Kaz Dementiert.

Auch er will nichts Unrechtes begangen haben.

Die Berliner demokratische Stadtverordnetenfraktion hielt am Donnerstag nachmittag anlässlich der gegen Stadtrat Kaz erhobenen Vorwürfe im Rathaus eine außerordentliche Sitzung ab, in der Stadtrat Kaz folgende Erklärung abgab:

„Ich erkläre der Fraktion, daß die gegen mich in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe jeder Grundlage entbehren und daß ich niemals meine ehrenamtliche Tätigkeit zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile mißbraucht habe. Ich bin überzeugt, daß die Untersuchung, die nach meinem Wunsche so eingehend wie möglich geführt werden soll, die völlige Haltlosigkeit aller Beschuldigungen ergeben wird. Bis zur restlosen Aufklärung werde ich mich selbstverständlich jeder politischen und, soweit es mit meinen Pflichten vereinbar ist, jeder kommunalen Tätigkeit enthalten.“

Leo Sklarek bleibt in Hajt.

In Sachen Sklarek fand am Donnerstag vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I, unter Vorsitz von Landgerichtsrat Busse, der gesetzlich vorgeschriebene zweimonatliche Hauptprüfungstermin für Leo und Ray Sklarek statt. Die Beschlußkammer entschied, daß Ray Sklarek unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls weiter in Freiheit belassen werde, da nach den vorliegenden ärztlichen Gutachten sein Gesundheitszustand sich nicht verändert habe. Gegen Leo Sklarek wurde der Haftbefehl und gleichzeitig die Fortdauer der Untersuchungshaft aufrechterhalten.

Im Kabarett der Komiker konzertiert wieder Willi Schaefers, der aus Frankfurt zurückgekehrt ist, ein bißchen blaß, ein bißchen abgearbeitet. Aber sein Smiling und seine Pointen liegen tolllos. Hans Kollischer verprügelt seinen Kerger über Zeit- und Zeitgenossen in einem anständigen Feuerwerk von Ironie. Und dann Billy und Erny Schwarz, die singenden und flüsternden Schwärmer. Die eine blüht, die andere brünet und beide von einer überwältigenden Vitalität und von großartigem technischen Können. Elinor und Eugen Kovary: Eleganter temperamentvoller Gesellschaftstanz. Howard Nichols: der Raffinierte der rollenden Karren, die ihm gefolgt sind wie lebende Wesen. Eddie Raynos Harmonika-Sagabunden: Was diese professionellen Kerle aus der einfachen Mundharmonika herausziehen ist einzigartig. Und dann Ulla Werberitz als Frau Bild in Ködnitz beim alten Franz Josef, den Franz Hörbinger in sehr distinktem vornehmen Spiel als ausgezeichnete Charakterstudie gibt. Die Werberitz und ihr Mundwerk kennt man.

Professor Lazarus flagt an.

Zeileis — eine öffentliche Gefahr / Der Prozeß verlag.

Die 17. Zivilkammer des Landgerichts III kam gestern in der Verhandlung des Wundarztes Valentin Zeileis gegen Professor Dr. Lazarus zu keiner Entscheidung. Sie vertagte die Verhandlung, ohne einen neuen Termin festzusetzen; sie ließ auch die Frage offen, ob sie zu einer Urteilsverkündung gelangen oder einen Beschluß über die Grenzen der Beweisaufnahme fassen würde.

Den Höhepunkt der gestrigen Verhandlung bildete aber die Rede des Verklagten Professors Dr. Lazarus. Er sagte: Ich kämpfe nicht für meine Person, wenn ich hier gegen Zeileis aufträte, sondern für die wissenschaftliche Wahrheit und für die Kranken der ganzen Welt. Ich fuhr nach Gollspach, um mich dort persönlich von den Zeileis'schen Methoden zu überzeugen. Schon auf den Straßen des Ortes sah ich Hunderte von Frauen, die den Stempel der Unheilbarkeit trugen. Ich sah Blinde mit vollständig zerstörten Sehnerben; was sollten diese Leute in Gollspach? Dann kam ich in den Wartesaal des Instituts. Als man diese Masse von Menschen eng aneinandergepreßt sah, empfand man sofort die mit Explosivstoffen geladene Atmosphäre. Ich gab meine Disidentität ab und bat, Zeileis sprechen zu können. Er habe jetzt keine Zeit, sagte man mir, ich möchte später kommen. Ich bat um die Erlaubnis, mich gleich den Patienten, für drei Schilling einer Behandlung unterziehen zu dürfen. Das wurde mir verweigert. Ich beobachtete dabei mit der Stoppuhr in der Hand, mit welcher Geschwindigkeit der sogenannte „Zauberstab“ arbeitete und wie schnell die Diagnosen fertig waren.

In 30 Minuten markierten 200 Personen vorbei.

Das Problem der Diagnose ist aber in der Medizin das Problem der Therapie überhaupt. Das, was sich im Wartesaal abspielte, war eine Parade des Elends. Der einzige Mensch, den ich zu sprechen bekam, war der Ingenieur Fleischmann. Von ihm erfuhr ich die Dosisierung der Strahlen und des angewandten Radiums; die war so lächerlich gering, daß sie völlig unwirksam sein mußte. Mit Stolz erzählte der Ingenieur aber, daß auch Wilhelm II. und Franz Joseph Patienten des Instituts gewesen wären; auch andere Könige hätten sich unter diesen befunden. Das war der Geist von Gollspach. Wie unheilvoll er sich auswirkte, davon überzeugte ich mich, als ich mich im Orte umhief. Ich fand hier eine Gelähmte, die bereits seit acht Jahren von Zeileis be-

handelt worden war und über tausend Bestrahlungen über sich ergehen lassen mußte. Dieser Kranken wurde das letzte Vermögen entzogen. Ich suchte Patienten in Häusern auf, die weder Wasser noch Kanalisation hatten. Ich lernte eine Frau kennen, die durch eine Operation bestimmt von ihrem Kropfleiden hätte gerettet werden können, durch Zeileis' Behandlung ist sie gestorben. Die Akten über diesen Fall sind verschwunden. Ich habe geradezu schreckliche Feststellungen in bezug auf die Verschlimmerung von Leiden und in bezug auf Todesfälle getroffen. In 58 Fällen ist mit der Zeileis'schen Universal-Therapie offene Lungentuberkulose behandelt worden: 28 Fälle davon sind tödlich verlaufen. Ich kenne auch eine Reihe von Fällen aus der Münchener Universitätsklinik, bei denen Zeileis ganz falsche Diagnosen gestellt hat. Ich kenne Fälle, bei denen Menschen durch die Behandlung von Zeileis gestorben sind. In vielen Fällen suggerierte Zeileis erst seinen Patienten gefährliche Krankheiten, um sie dann von ihnen zu heilen. Ich habe bisher

1263 Fälle von Zeileis'schen Fehldiagnosen gesammelt.

94 davon waren schwere Fälle und 61 hätten unweigerlich zum Tode der Patienten geführt. Ich nehme nichts von meinen Behauptungen zurück und halte sie in vollem Umfang aufrecht, möge das Urteil ausfallen wie es wolle. Ich habe vor meinem Gewissen nicht anders handeln können, als ich gehandelt habe, denn ich halte den Schädling Zeileis für eine öffentliche Gefahr. Ich flage ihn vor der ganzen Welt der sachlässigen Lösung an und werde in der Lage sein, überall und vor jedem Forum zu beweisen, daß ich recht habe.

Professor Lazarus zeigte dem Gericht u. a. ein Reststoffpräparat eines Zeileis-Patienten, der bei rechtzeitigen ärztlichen Eingriffen hätte gerettet werden können. Die Rede des Professors Lazarus löste im Gerichtssaal ungeheure Erregung aus. Als er dem Vertreter von Zeileis, dem Wiener Rechtsanwalt Berner, zurief: Würden Sie sich im Ernstfalle von Zeileis behandeln lassen?, erwiderte dieser: „Sowohl, ich bin auch dort verblüffend schnell von mehreren Magen-geschwüren geheilt worden.“ Die Replik der beiden anderen Zeileis'schen Anwälte führte zu weiteren Äußerungen von Justizrat Dr. Bernstein und Professor Lazarus.

Wird Zeileis die öffentliche Anschuldigung der sachlässigen Tötung unbeantwortet lassen?

Montag, den 12. Mai, 19 1/2 Uhr

sprechen in der „Neuen Welt“ die

Vertreter der Sozialistischen

Arbeiter-Internationale:

- Vandervelde, Belgien
Vorsitzender der Exekutive der S.A.I.
- Albarda, Niederlande
- Abramowitsch, Rußland
- Bauer, Otto, Oesterreich
- Crispien, Deutschland
- Grimm, Schweiz
- Longuet, Frankreich
- Modigliani, Italien
- Möller, Schweden
- Soukup, Tschechoslowakei
- Wels, Deutschland
- Isabelle Genossen aus England und Polen.

Erscheint in Massen!

Treffpunkt der Sozialistischen Arbeiterjugend:

17 Uhr Camphausenstraße, am Ufergrundbahnhof Kopenheide.

Laugeneinbruch im Kalkwert Bienenburg

Belegshaft in Sicherheit. — Kraterbildung über Lag.

Beauischweig, 8. Mai.

Am Donnerstag vormittag ereignete sich auf dem Schacht I des Kalkwertes Bienenburg ein starker Laugeneinbruch auf der obersten Sole. Bald darauf drang die Lauge nach Schacht II weiter vor. Der Versuch, die Zugangsstrecke zu Schacht II abzudämmen, mißlang. Infolge des starken Laugenzustusses nach Schacht II mußten sämtliche Grubenbaue geräumt werden. Die gesamte Belegshaft ist durch Jede II in Sicherheit gebracht worden. Die amtlichen Bergbehörden sind verständigt. Die Strecke an der Zuckersfabrik Bienenburg mußte gesperrt werden, da sich im Tsch der Zuckersfabrik ein etwa 12 Meter im Durchmesser großer Krater gebildet hatte, in den die Erdmassen stürzten.

Funkwinkel.

Dem Lindenden Peter Tschailowitsch war der Abend gewidmet. Das Funkorchester spielte seine berühmte C-Moll-Sinfonie, die Alexander Szentar mit Temperament und dramatischem Schwung dirigierte. Strawinskys Ballet „Auf der See“ auf Motiven von Tschailowitsch ausgehend, beschloß die Veranstaltung, zu der Prof. Dr. Ostasch eine kurze, im besten Sinne volkstümliche Charakteristik Tschailowitschs beistellte. — Eine Kuriosität, die man im Prinzip freudig begrüßen darf, ist die Vorbesprechung des Programms der folgenden Woche, die Intendant Dr. Hans Floss jetzt regelmäßig geben will. Dr. Floss betonte in dieser ersten Einführung, daß gerade die Veranstaltungen besondere Beachtung bei der Vorbesprechung finden sollten, deren Charakter sich aus ihrem Titel nicht ohne weiteres ergibt. Aber dann hätte sich doch eigentlich ein besonderer Hinweis z. B. auf Offenbachs „Großherzogin von Gerolstein“ erübrigt, und es schien weiter überflüssig, die Namen der meisten Darsteller in den Sendepunkten zu nennen. Sehr wichtig wären dagegen eingehende Hinweise auf Fortzüge, gerade hier ist doch der Hörer am häufigsten im unklaren darüber, was ihm geboten werden soll.

Schweres Unwetter in Frankreich.

Schneefürne in den Sevennen.

Paris, 8. Mai.

In ganz Frankreich ist ein erheblicher Temperatursturz eingetreten. In den südöstlichen Gebieten sind schwere Unwetter niedergegangen, die zu Überschwemmungen geführt haben. Bei Montelimar sind die Flüsse Jabron und Roubion über die Ufer getreten und haben zwei Dämme durchbrochen. Die niedrig gelegenen Teile der Stadt sehen zum Teil unter Wasser. Aus einigen Häusern mußten die Bewohner gerettet werden. Auch das Wasser der Loire ist erheblich gestiegen, und bei Verrières steht es drei Meter über dem normalen Stand.

Starke Schneefürne wurden aus den Sevennen gemeldet. Die Stadt St. Etienne, in deren Umgebung in den letzten Tagen sturzartige Regenfälle niedergegangen sind, erlebte ein stundenlanges Schneegestöber. Auf den Höhen erreichte die Schneedecke stellenweise eine Höhe von 50 Zentimeter.

Feuer im Poisdamer Warenhaus.

Nach 9 Uhr wurde die Poisdamer Feuerwehr durch Großalarm in das Warenhaus Hirsch, Brandenburger Ecke Jägerstraße, gerufen. Die Feuerwehr unter Oberbrandinspektor Senft fand das Warenhaus vom Erdgeschoß bis oben vollständig verqualmt vor. Mit Rauchschutzmäskeln drang die Wehr vor, und es gelang ihr nach mühsamer Arbeit, den Brandherd im Keller zu entdecken; als der Keller Luft bekam, schlugen helle Flammen hervor. Nach anderthalbstündiger Arbeit war jede Gefahr beseitigt.

Großfeuer im New Yorker Hafen.

New York, 8. Mai.

Durch Explosion eines 10 000 Gallonen fassenden Destilliersentfandes am Pier von Bayonne gegenüber Brooklyn, ein riesiges Feuer, das sich schnell in den auf Constable Hook gelegenen Anlagen der Golf Refining Co. ausbreitete. Bisher sind zwei Tanks, die 30 000 bis 100 000 Gallonen fassend sind, und fünf Tanks geringeren Umfangs sowie eine Anzahl Tankwagen explodiert. Die Explosionen erschütterten ganz Bayonne. Das brennende Gasolin wurde nach allen Richtungen geschleudert und die Flammen zerstörten die Docksanlagen. Bisher sind drei verletzte Personen ermittelt worden.

16 Personen bei Murmansk ermordet.

Wissas Koston amlich gemeldet wird, wurden auf der Bahnstation Schajugin in der Nähe von Murmansk 16 Personen, darunter acht Frauen und vier Kinder, ermordet aufgefunden. Die Mörder sind entkommen.

Deutscher Rennfahrer tödlich verunglückt. Am ersten Tage des Trainings für die am kommenden Sonntag stattfindenden Automobilrennen auf der Strecke Königsaal—Mönsicht bei Prag stürzte der reichsdeutsche Rennfahrer Stegmann, Inhaber des vorjährigen Rekords, beim Training mit seinem Motorrad so unglücklich, daß er schwere innere Verletzungen erlitt, denen er alsbald im Krankenhaus erlag.

Sechs Tote bei einem Flugzeugabsturz. Bei einem Absturz eines Flugzeugs zwischen Aguas Calientes und Zacatecas in Mexiko kamen sechs Personen ums Leben.



Blondes Haar: PIXAVON als Shampoo

Beutel 50 g.

Berlins Verkehrsadern.

Drei große Ringsstraßen geplant. — Pionierarbeit für den Schnellverkehr.

Der Verkehr der Reichshauptstadt wächst ins Riesenhafte. Straßen und Brücken müssen erneuert werden, um den verstärkten Anforderungen genügen zu können. Nachstehend gibt der sozialdemokratische Stadtverordnete Gutekunst ein Bild von der Notwendigkeit unseres Straßenausbauens und den geplanten Neuanlagen.

Die starke Zunahme der Bevölkerung und des Verkehrs zwingt die Stadt Berlin zu außerordentlichen Maßnahmen. Die sozialdemokratische Rathausfraktion hat sich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung stets für den Ausbau der Massenverkehrsmittel eingesetzt. In diesem Zusammenhang mußte besonders dem Straßenbau erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Nach dem Norden, Osten und Süden haben wir genügend Ausfallstraßen, dagegen nach dem Westen und Südwesten sind sie dem Verkehr entsprechend nicht vorhanden. Die vorhandenen wie die zu bauenden Ausfallstraßen und Ringstraßen müssen so gestaltet werden, daß in der Mitte die Straßenbahn mit besonderem Gleisfänger und beiderseitigem Richtungsfahrdamm von 5,50 bis 6 Meter Breite, Radfahrerweg, Promenadenweg und Bürgersteig aufweisen. Um aber den Verkehr, der Berlin nur durchkreuzt, abzulassen.

sind große Ringstraßen geplant.

Jeder Fahrer wird lieber einen kleinen Umweg in schneller Fahrt in Kauf nehmen und Hauptverkehrsstraßen in der Innenstadt meiden. Der erste Ring soll Alt-Berlin umfassen, beginnend am Halleschen Tor, Sandwehrtanal, Herkulesbrücke, Kaiserin-Augusta-Straße, Hofjägerallee, Brückenallee, Büneburger Straße, durchschneidet den Ausstellungspark, Invalidenstrasse, Steintor Bahnhof, durchbricht den Häuserblock Bernauer Straße, Danziger Straße, Ebingen Straße, Petersburger Straße, Warschauer Straße, Skaliger Straße, Gitschiner Straße, Hallesches Tor. Der zweite Ring hat seinen Anfang in Tempelhofer. Er soll folgenden Weg nehmen: Sachsenbühl, Tempelhofer Straße, Rühlensstraße, Rudolf-Wilde-Platz, Badensche Straße, Westfälische Straße, Hochmeisterplatz (Wilmerdorf), Bahnhof Charlottenburg, Restorstraße, Kaiser-Friedrich-Straße, Johann-Georg-Straße, Joachim-Friedrich-Straße, Holzendorffstraße, Suarezstraße, Schloßstraße, Hebbelstraße, Kaiser-Friedrich-Straße, Kaiserin-Augusta-Allee, Keplerstraße, Lauroggener Straße, Weithofen, Seestraße, Christianiastraße, Bornholmer Straße.

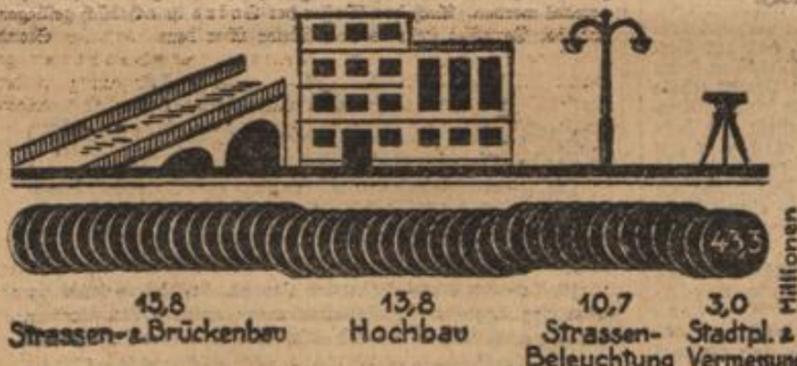
Bischof Straße, Ostseestraße, Weihenstep Weg, Müllendorffstraße, Gürtelstraße, Bahnhofstraße, Martgrafendamm mit einer Brücke über die Spree, Eisenstraße, Herberg- und Richardplatz, Thomasstraße, Grüner Weg, Tempelhofer Feld, Dorfstraße. Der dritte Ring- oder Umgehungsring beginnt in Lichtentritt Dorfstraße nach der Richtung Lichterfelde-Süd über Schönow und führt an dem Gut Düppel vorbei nach Schlachensee, Krossbahn, Bahnhof Brunowald, Teufelseschauffee, Heerstraße, Insterburgallee, Gartenfeld, Tegeler Schießplatz, Tegeler, Bahnhof Nordend, Industriebahn Tegeler, Blankenburg, Rathower Kieffelder, Friedrichsfelde, Karlsruher, Oberschöneweide, Budow, wieder nach Lichtentritt.

Weiter sind sechs Schnellverkehrsstraßen vorgesehen.

Die zum größten Teil für den Westen geplant sind. Im Osten soll eine solche Verkehrsader von der Urbanstraße nach Köpenick führen. Die Bauzeit ist auf 15 Jahre in drei Bauabschnitten berechnet. Die Baukosten dürften rund 150 Millionen Mark betragen.

Die Kraftfahrzeugsteuer, die eingeführt worden ist, um die Straßen zu unterhalten und Neubauten vorzunehmen, hatte in Berlin ein Aufkommen 1926 von 12,9, 1927 18,2, 1928 20,5, 1929 23,8 Millionen Mark; Berlins Anteil war 1926 2,717, 1927 2,309, 1928 2,337, 1929 2,342 Millionen Mark. Würde man Berlin auch nur die Hälfte der aufgebrachten Steuern belassen, so könnte ein Heer von Arbeitslosen beschäftigt werden, um für den Verkehr die Straßen zu schaffen, die er nun einmal dringend braucht. Zu erwägen wäre, ob man nicht jene Firmen, die unverantwortlicher Weise Kraftwagen bis zu 20 Tonnen zu kaufen haben, obwohl unsere Straßen und Brücken für nur 12 bis 17 Tonnen Belastung vorgesehen sind, steuerlich besonders heranziehen sollte.

Eine andere Aufgabe, die dringend der Erledigung harret, ist die Umbenennung der 2400 Straßennamen, die noch immer doppelt in Groß-Berlin vorhanden sind. Dieses Projekt harret schon seit sechs Jahren seiner Erledigung. Ein besonderer Ausschuss hat sich lange Zeit damit beschäftigt, eine Einigung kam aber bisher nicht zustande. Ein Unterausschuss der Tiefbaudeputation hat die Vorschläge der Bezirke und der Zentrale geprüft und weitere Vorschläge gemacht. Das Ergebnis wird seinen Niederschlag in einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung demnächst finden.



Der Bedarf (nach Abzug der Einnahmen) für den Straßen- und Brückenbau im neuen Berliner Haushalt.

Stadt muß Brücken sperren.

Weil die Kraftfahrzeugsteuer in die Provinz flieht.

Nach den Mitteilungen des Magistrats Berlin und der Brückenbauverwaltung ist damit zu rechnen, daß in Kürze zahlreiche Berliner Brücken, die über Wasserläufe führten oder die Eisenbahngelände überbrücken, dem Verkehr entzogen werden müssen, weil ihre weitere Benutzung eine Gefahr für den Verkehr und damit für die Öffentlichkeit darstellt. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, muß man damit rechnen, daß in aller nächster Zeit folgende Brücken für den gesamten Verkehr gesperrt werden: 1. die Königsdammbrücke am Bahnhof Beusselstraße, 2. die Beusselstraßenbrücke, 3. die Brücke am Spandauer Berg, 4. die Warschauer Brücke, die wenigstens zum Teil für den Fußverkehrs- und Fußgängerverkehr gesperrt wird, 5. die Kronprinzenbrücke am Lustgarten und 6. die Heberstraße in der Landsberger Allee.

Durch die außerordentliche zahlenmäßige Steigerung des Straßenverkehrs, besonders durch das rapide Anwachsen der Verkehrskosten und Radbrücke, sind die Beanspruchungen der Berliner Brücken derartig gestiegen, daß die täglich aufstretenden wirtschaftlichen Belastungen der Bauwerke nicht mehr mit den feinerzeit der Berechnung der Brücke zugrunde gelegten Kosten im Einklang stehen. Diese Mehrbeanspruchungen sind bei einer großen Anzahl der Brücken Berlins derart hoch, daß sie für den Verkehr gesperrt werden müssen, da eine weitere Gefährdung des Verkehrs auf und unter diesen Brücken nicht länger verantwortet werden kann und die Wiederherstellung oder der Ersatz der Bauwerke durch Neubauten unaufschieblich ist.

Welche steigende finanzielle Belastung der Stadt durch den verstärkten Kraftwagenverkehr erwächst, zeigt in deutlichster Weise das rapide Ansteigen des jährlichen Brückenbaubudgets Berlins, der sich in dem Zeitraum von 1925 bis 1929 verdreifacht hat. Für diese gesteigerten Ausgaben würde die Kraftfahrzeugsteuer neben der Deckung der eigentlichen Straßenbaukosten noch einen angemessenen Beitrag liefern können, wenn der Stadt Berlin der volle Betrag ihres örtlichen Aufkommens aus dieser Steuer zuflöße. Infolge des für Berlin äußerst ungünstigen preussischen Verteilungsschlüssels für die Kraftfahrzeugsteuer erhielt jedoch Berlin für 1929 nur 2,356 Millionen Mark, das sind nur rund 10 Proz. des örtlichen Gesamtaufkommens von 23,272 Millionen Mark, neun Zehntel des Berliner Aufkommens fließt in die Provinz!

Der normale Etat des Brückenbaues im Gebiet der heutigen Stadt Berlin betrug in der Vorkriegszeit ungefähr 3 Millionen Mark. Würde die Steigerung des Verkehrs durch die Kraftwagen nicht gekommen, so hätten wir also bei dem heutigen Bauindex nur Brückenbaukosten von höchstens 5 1/2 Millionen Mark zu erwarten. Der diese Summe übersteigende Betrag des Brückenbaubudgets für das Jahr 1929, rund 8 1/2 Millionen Mark, müßte gerechterweise aus der Kraftfahrzeugsteuer gedeckt werden, da der Kraftwagenverkehr allein diese Mehrkosten verursacht hat.

Neue Spartassen-Nebenstelle. Die Spartasse der Stadt Berlin hat in Wilmerdorf, Raueheimer Str. 26, eine weitere Nebenstelle eingerichtet und mit deren Verwaltung den Kaufmann Wilhelm Ströcker (Zigarrengeschäft) betraut. Die Nebenstelle nimmt Einzahlungen von 1 M. an auf sämtliche Sparbücher der Spartasse der Stadt Berlin entgegen und fertigt neue Sparbücher aus.

Rettungsamt: D 1 0013.

Neue Selbstanschlußämter: Albrecht und Norden.

In der Nacht zum 11. Mai wird die neue Fernsprechnormierungsstelle mit Selbstanschlußbetrieb Albrecht eröffnet, der Teilnehmer der Normierungsstelle Steglitz zugewiesen werden. Gleichzeitig wird die Fernsprechnormierungsstelle Norden vom Handbetrieb auf den Selbstanschlußbetrieb umgestellt.

Das Rettungsamt der Stadt Berlin ist nach Einführung des Selbstanschlußbetriebes bei der Vermittlungsstelle Norden ab 11. Mai 1930 von Fernsprechnormierern, deren Vermittlungsstelle noch nicht auf Selbstanschlußbetrieb umgestellt ist, wie bisher, unter „Amt Norden, Rettungsamt“, anzurufen. Die Selbstanschlußteilnehmer haben das Anrufzeichen D 1 0013 zu wählen.

Die Telegrammaufnahme ist künftig für Selbstanschlußteilnehmer unter D 1 1111 zu erreichen.

Am Samstag, dem 10. Mai, in der Zeit von 17 bis 18 Uhr findet auch bei dem Berliner Magistrat die Umstellung des Fernsprechnormierbetriebes von der Handvermittlung auf den Selbstanschluß-

verkehr statt. Teilnehmer, welche an Selbstanschlußämtern angegeschlossen sind, erreichen den Magistrat zukünftig unter der Sammelnummer E 2 Kupfergaben 0021, während die übrigen Teilnehmer den Magistrat wie bisher ohne Nummernangabe erhalten.

Die Lehrerkammer für Rydahl.

Der Vorstand der Lehrerkammer der Stadt Berlin verbreitet die nachstehende Erklärung: Gegenüber Mitteilungen in der Presse, daß Herr Stadtschulrat Rydahl den Empfang einzelner Lehrer abgelehnt habe, halten wir uns für verpflichtet, festzustellen, daß die Lehrerkammer und die Lehrerorganisationen jederzeit bereitwillig Gelegenheit zu Rücksprachen und Besprechungen mit ihm erhalten haben und daß er für die Förderung des Volks-, Sonder- und Mittelschulwesens stets warmherzig und tatkräftig eingetreten ist.

Des Vereins der Schulmessen und Turnhallenwärters Charlottenburg feiert am Sonnabend, 17. Mai, im Restaurant „Ziergartenhof“, Berliner Straße 1, sein 10jähriges Gedenkfest. Getränke und Essen sind hierzu herzlich eingeladen.

12 Uhr vorbei

und noch so viel zu erledigen.

Orba-Bitter besänftigt den knurrenden Magen, regt zur Arbeit an und erquickt köstlich.



Die Schokolade für den Herrn

HOCHFEIN BITTER

Fun Muttertag!

KAISER'S KAFFEE TEE SCHOKOLADEN u. PRALINEN

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

ÜBER 1000 ELLIEN

50 JAHRE
5% RABATT IN MARKEN

Aus der Arbeit der Bezirke.

Schluß mit kommunistischem Theater!

5. Bezirk — Friedrichshain.

Mit einem Restprogramm von 17 kommunistischen und 2 deutsch-nationalen Anträgen aus einem halben Duzend vergangener Sitzungen sollten sich am verflochtenen Mittwoch die Bezirksverordneten des Bezirks Friedrichshain beschäftigen. Von einer Vorlage des Bezirksamts über die Bereitstellung weiterer Mittel für den Ausbau der 30. Gemeinschaftsschule in der Rübendörfer Straße nahm die Versammlung debattierendes Kenntnis. Damit war die jährliche Arbeit erledigt. Da die Kommunisten in positiver kommunikativer Arbeit keine Befriedigung finden, müssen die ihnen von der Zentrale vorgezeichneten Anträge dazu herhalten, verantwortliche Selbstverwaltungsarbeiten zum Wohle der Bürgerschaft zu diskreditieren. In engem Kontakt mit den auf der Tribüne plaudernden Jungpartistenausbütlern und Rotfrontisten terrorisieren sie die gesamte Versammlung. Drohungen und Beschimpfungen von Sozialdemokraten durch junge Burschen nahmen so ausgedehnte Formen an, daß die Sitzung sogar unterbrochen werden mußte. Von Kampf gegen die Sozialdemokratie und einem kühnen Liebeswerben um Deutsch-nationale und Nationalsozialisten sind die räuberischen Reden der Kommunisten getragen. „Auf was wollen sich die bürgerlichen Parteien verlassen“, fragte ein kommunistischer Redner und prompt antworteten ihm die Deutsch-nationalen: „Auf die Kommunisten.“ Und dankbar häufte dann der Kommunist Verleumdungen auf Verleumdungen. Es war daher nicht verwunderlich, daß die Sitzung, die planmäßig geführt wurde, ausfiel. Die sozialdemokratische Fraktion ist es ihrem Ansehen, ihrem Willen zu fruchtbringender Arbeit und ihrer Verantwortlichkeit vor der Arbeiterschaft schuldig, diesem gewissenlosen demagogischen Treiben der Kommunisten nicht mehr langmüßig zuzusehen. Daß auf Kosten der Steuerzahler kommunistisches Theater gespielt wird, kann und wird die sozialdemokratische Fraktion in Zukunft nicht mehr dulden.

Sozialdemokraten verlassen den Saal.

13. Bezirk — Tempelhof.

In der letzten Bezirksversammlung zeigte sich wieder einmal, daß der augenblickliche Vorsitz Herr Rektor i. R. Janetzky von der D. R. Fr. einladend nicht in der Lage ist, die Geschäfte der Versammlung zu leiten. Nach Einführung der unbesoldeten Stadträte Müller (Soz.), Lehle (Soz.), Dr. Jäger, Dr. Saar und Kramer wurde in die eigentliche Beratung eingetreten. Lebhaftige Diskussion lösten zwei deutsch-nationale Anträge, die die Einführung des Bezirksamts behandelten, aus. Bezirksverordneter Bürgermeister (Soz.) sowie andere Redner der sozialdemokratischen Fraktion wiesen nach, welchen Vorteil die Stadt Berlin durch ihre eigenen Gesellschaften gehabt habe. Die gesamten bürgerlichen Parteien stimmten schließlich für die deutsch-nationalen Anträge.

Beim nächsten Punkt, der einen von den Kommunisten verlangten Protest gegen den Hungertod des Magistrats vorschlug, wurde von den Sozialdemokraten Verlegung beantragt. Dagegen wandten sich die Kommunisten. Gegen unseren Verlegungsantrag stimmte die R.D., der Vertreter der Nazis und nach langem Warten zwei Deutsch-nationale. Dies schien dem Herrn Vorsitz nicht genehm zu sein. Gegen seinen Vorschlag, nochmals abzustimmen, gab Genosse Bürgermeister die Erklärung ab, daß seine Fraktion an einer nochmaligen Abstimmung kein Interesse habe. Herr Janetzky glaubte, seinen Willen trotzdem durchsetzen zu müssen. Daraufhin verließ die sozialdemokratische Fraktion den Sitzungssaal. Erstweiligerweise wandte sich nach Wiedereröffnung der Versammlung die Fraktion der Mitte gegen eine beratende Geschäftsführung und beantragte Befragung des Büros über das Abstimmungsergebnis. Trotz Wiederholung lehnte dies der allgewaltige Herr Janetzky ab, worauf die Fraktion der Mitte ebenfalls den Saal verließ und die Versammlung beschlußunfähig war.

Abrechnung mit den Deutsch-nationalen.

16. Bezirk — Köpenick.

Der stellvertretende Bürgermeister Genosse Ehrlich vollzog bei Beginn der Sitzung die Einführung der besoldeten unbesoldeten Stadträte. Unter ihnen befanden sich die Genossen Bendig und Talsdorf. Debattenlose Annahme zeitigten die Vorlagen des Bezirksamts betr. Anlauf von Gelände zur Erweiterung des Schulhofes der Friedrich-Schule in Friedrichshagen und Bewilligung von Betriebsmitteln für die Errichtung eines Abortgebäudes auf dem städtischen Sportplatz im Ortsteil Friedrichshagen. Eine derbe Witzrede erhielt ein Antrag der Deutsch-nationalen,

betr. Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung von Arbeitereinstellungen auf Grund von Parteibüchern. Genosse Klatt stellte die Demagogie der Deutsch-nationalen Partei effektiv heraus. Besonders beleuchtete der sozialdemokratische Redner die erzieherische Tätigkeit des deutsch-nationalen Antragstellers im Stahlhelmgeist, was insbesondere die Aufsichtsbehörde interessieren sollte. Gleiches Zusehen verursachte ein ebenfalls über Pädagogie derselben Partei, der Sportlehrer Kapper, durch Zwischenrufe und Unter-

Eltern! Sichert Euer Wahlrecht zur Elternbeiratswahl durch Einsicht in die Wählerlisten, die in den Schulen bis 17. Mai ausliegen

brechungen. Eine weitere Anfrage beschäftigte sich mit der Tatsache, daß ein zu Schulzwecken in Schmöckwitz dringend notwendiges und vom Bezirksamt erständenes Grundstück von der Zentrale nicht gekauft und damit die unhaltbaren Schulzustände dorther nicht abgestellt worden seien. Vom Bezirksamtsrat wurde erklärt, daß die Schuld an den eingetretenen Umständen einzig und allein der Zentrale zuzuschreiben sei, die in dieser Sache mehr als fahrlässig gehandelt habe. Die Verhältnisse seien nunmehr nur durch einen Borsandbau und damit außerordentlich gesteigerte Mittel abzuhelfen. Das Bezirksamt werde der Sache weiter nachgehen, sobald die Listen, die augenblicklich dem Oberpräsidenten zur Prüfung unterliegen, an das Bezirksamt zurückgelangt sind.

Tolle Zustände an der Oberrealschule.

19. Bezirk — Panow.

Zu Beginn der Sitzung wurde beschlossen, 5500 M. aus Vorbehaltsmitteln für die Verlegung der Hausmeisterwohnung in der 4. Schule bereitzustellen. Auslöchlich behandelt wurde eine sozialdemokratische Anfrage über die Zustände in der Oberrealschule. Bei der letzten Abschlußprüfung durch den Oberschulrat wurde bekanntlich festgestellt, daß sich in zahlreichen Fällen der letzten Jahre die sinnlosesten und widerwärtigsten Beschimpfungen der Republik, der Verfassung, der Richter und der Presse befanden, ohne daß offenbar die Lehrer oder der Direktor Veranlassung genommen hätten, diese Schimpereien zu rügen oder irgendwas zu beanstanden. Das Provinzialschulinspektorat hat nun endlich eingegriffen. Zwei Studienräte sind vom Dienst suspendiert, der Direktor an eine andere Anstalt versetzt worden. Vor Jahren sind im „Panower Generalanzeiger“ die heftigsten Angriffe gegen den damaligen sozialdemokratischen Bürgermeister Kubig und Schulrat Düring erfolgt. Dem Schulratsrat wurde damals in Gegenwart des Direktors berichtet, daß das gesamte Kollegium hinter dem Schmäharbeit stünde. In der Debatte erklärte jetzt der Demokrat Ahrens, daß damals schon heftige Auseinandersetzungen stattgefunden hätten. Im Jahre 1926 fand ein Beleidigungsprozeß des Direktors vor dem Landgericht statt, wo durch Zeugnisaussagen alle möglichen Prügeleien der Schüler durch Lehrer und Direktor festgestellt wurden. Im Schulratsrat wurde festgestellt, daß ein älterer Schüler in einem heftigen Zusammenstoß zu Hause erklärte, „wie werden behandelt wie die Hunde“. Es wurde immer weiter geprügelt bis in die neueste Zeit. Hakenkreuze wurden ständig von den Schülern getragen. Bei der Annahme der Young-Gesetze beschimpften Schüler den Reichspräsidenten Hindenburg. Die heftigen Ausfälle wurden mit gut und sehr gut gezeichnet. Als der Sozialdemokrat Ziebert am Verhandlungstage mit kräftigen Worten die Lehrerschaft auf ihre Pflicht hinwies, für den Staat einzustehen, da wurde die Rede als verlegend hingestellt. Genosse Kubig hatte die Aufgabe, diese Dinge festzustellen. Lehrer, Elternschaft und Schüler aufzufordern, sich gegen diesen Ungeist zu wehren und zu helfen, daß das Vertrauen zur Anstalt wieder hergestellt wird. In der Diskussion stellte Peters (Dnat.) fest, daß die Elternschaft härtesten Protest erhebe gegen das Vorgehen des VSR. Er ist anheimend mit seiner Niederlage in der Kirchenbewegung noch nicht zufriedengestellt und sucht weitere Barbereien. Seinen besonderen Haß erregt es, daß es jetzt gelungen ist, einen Demokrat als Oberschulrat an die Anstalt zu wählen und weiter an das Gymnasium einen Demokrat als Direktor. Der Demokrat Ahrens gab Herrn Peters eine kräftige Antwort und ergänzte würdevoll die Ausführungen unseres Genossen Kubig.

In vorgerückter Stunde erfolgte dann noch die Begründung eines kommunistischen Antrags wegen Massenabkündigung von Kleingärtnern auf dem städtischen Kleingärtnergelände Blankenburg. Salzfelder erging sich in unglücklichen Liebererregungen und drohte, wer das Gelände betreten würde, müßte mit dem Knüttel heruntergeschlagen werden. Unser Genosse Lucht stellte dann erst die Tatsachen wieder richtig und zeigte, daß Salzfelder erschreckende

Unkenntnis der Verhältnisse bewiesen habe. Der Antrag der Kommunisten wurde angenommen mit der Maßgabe, daß die Abkündigung mit sofortiger Wirkung zurückgenommen werde.

Die Schulferien in Berlin.

Für die Berliner Volks- und höheren Schulen sind die diesjährigen Ferien folgendermaßen festgesetzt worden:
 Pfingstferien: 3. Juni bis 17. Juni.
 Große Sommerferien: 2. Juli bis 7. August.
 Herbstferien: 30. September bis 14. Oktober.
 Weihnachtsferien: 23. Dezember bis 6. Januar 1931.
 Schluß des Schuljahres am 31. März 1931. Die Osterferien des Jahres 1931 sind vom 31. März bis zum 14. April.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, dem 8. Mai.

1. Rennen. 1. Hochpol (H. Lemmer), 2. Kaina, 3. Ditt Edmalda. Toto: 148:10. Platz: 21, 33, 33:10. Ferner liefen: Schwefelstein Steinlauf (2. bis 6.), 50 Erbs. (Blau. zur.), Däumel, Drilol, Teodora Suberg, Rann, Tolla Mica.
2. Rennen. 1. Vancell (H. Müller), 2. Mögling, 3. Raffentien. Toto: 16:10. Platz: 12, 14, 11:10. Ferner liefen: Gilly Dillon, Pflanz, Weiler, Rüd, Lindengeld, Hofmeier, Gih, Kocentian, Riederer.
3. Rennen. 1. Christine (Grohmann), 2. Elinaplana, 3. Roune. Toto: 19:10. Platz: 13, 17, 44:10. Ferner liefen: Ediva, Altpitze, Guy de Bal, Deltator, Nordes, Triloma, Badel.
4. Rennen. 1. Signal (H. Jinn), 2. Perlenfette. Toto: 11:10. Ferner liefen: Banco Duffa (angl.).
5. Rennen. 1. Tamia (Sel.), 2. Brachtmabel's Tochter, 3. Romtette Nabel. Toto: 145:10. Platz: 55, 58, 84:10. Ferner liefen: Prachtfeier, Rimi, Alendurg, Fahrheit, Rishaga Bon, Kresse, Bierde, Gelbster (a. B.), Gemi Duffa.
6. Rennen. 1. Letzte Liebe (Überl.), 2. David, 3. Kurfürst. Toto: 80:10. Platz: 12, 11, 25:10. Ferner liefen: Heinrich, Janhaz, Lindensind, Selmin.
7. Rennen. 1. Blaustrumpf (Neuensch), 2. Karola, 3. Sorgenlos. Toto: 25:10. Platz: 13, 16, 14:10. Ferner liefen: Cory Belle, Heiderin, Völska, Röhren Trufen.
8. Rennen. 1. Bro Patria (Überl.), 2. Silberpappel, 3. Della Timote. Toto: 81:10. Platz: 14, 19, 32:10. Ferner liefen: Lady Duffa, Günst Dillon, Hellegabel, Leichte, Teufelbau, Hofmeier.
9. Rennen. 1. Quilmpiegel (B. Schüler), 2. Fredegundis, 3. Interrent.
4. Hebelblume. Ferner liefen: Erster Seehof, War Ruler, Wagner, Steinzeile, Kapitain Duffa, Antenne, Garsenmädchen, Peter Parveller, Ver Altra.



Frau Professor K.

ist 73. Wer die alte Dame näher kennt, weiß, daß ihr Lebensabend wie eine Folge sonniger Herbsttage ist.

„Es ist - so schrieb sie einmal ihrem Sohn - ein Gebot der Lebensklugheit, Genuß und Freude zu suchen, aber, um das bekannte Wort des alten Buddenbrook zu benutzen, nur solche, die uns bei Nacht ruhig schlafen lassen.“

Nach diesem Grundsatz handelt sie auch. Seit Jahren trinkt sie Kaffee Hag. Er gewährt ihr alle Kaffeefreuden, aber enthält nichts, was irgendwie schädlich oder störend wirken könnte. Kaffee Hag ist koffeinfrei und vollkommen unschädlich, er regt an, aber nicht auf. Kaffee Hag trinken ist Lebensklugheit!

Molkereibutter

Pfund 1.34

Schnittbohnen

1/2 Dose 0.52

Gem. Gemüse

1/2 Dose 0.38

Aprikosen

1/2 Frucht 1/2 Dose 1.00

Frisch. Spargel

an Pfund 0.15

Gurkenstck. an

0.35

Rhabarber

2 Pfund 0.20

Radieschen

6 Bund 0.10

Neue Kartoffeln

Pfund 0.10

LEBENS MITTEL

Konserven	Kolonialwaren	Delikatessen	Weine u. Spirituosen
Jg. Erbsen m. Kap. 1/2 Ds. 0.25	Zucker fein Pfd. 0.28	Olscardinien 2 Gläser 0.55	Apfelwein Ltr. 0.48
Jg. Erbs. m. Kap. 5 Pfd. Ds. 1.55	Mehl Wiener Anst. 2 Pfd. 0.55	Briesig 1 Gl. u. Tomaten 0.30	Edenkobener .. Ltr. 0.90
Gemüse-Erbs. 1/2 Ds. 0.55	Aussugmehl .. Pfd. 0.25	Hors d'Oeuvre .. Ds. 0.80	Tarragona Ltr. 1.00
Rosenkohl ... 1/2 Ds. 1.30	Erbsen gelb u. grün. Pfd. 0.25	Seelachs (Schich. Ds. 0.55)	Muskat Ltr. 1.00
Stachelbeeren 1/2 Ds. 1.00	Linsen an Pfd. 0.23	Filetheringe (Rim. Ds. 2.10)	Malaga Ltr. 1.20
Ananas 875 g Ds. 1.20	Graupen mittel .. Pfd. 0.25	Krabben (Gelat. 25 g Ds. 1.10)	Dürkheimer .. Ltr. 0.90
Gem. Früchte 1/2 Ds. 1.95	Nudeln Eiweisschnitt Pfd. 0.45	Maherlen in Öl .. Ds. 1.10	Johannisbeerw. Ltr. 0.25
Zweifrucht 5 Pfd. Ds. 1.95	Ringäpfel ... an Pfd. 0.60	Salzgurken 1-Ltr. Ds. 0.65	2-Ltr. Maringer Fl. 0.95
Apfelgelee 1/2 Pfd. Gl. 0.30	Mischobst ... an Pfd. 0.50	Salzgurken 2-Ltr. Ds. 0.95	2-Ltr. Wintring Fl. 1.20
Bien. Honig 1/2 Pfd. Gl. 1.35	Kaffee hochgrad. an Pfd. 2.00	Essiggurken 1-Ltr. Ds. 0.95	Weinbr. min. 1-Ltr. Fl. 4.50

Viele neue Freunde durch gute Ware

Butter und Käse	Wurstwaren	Für Balkon u. Garten	Fische, Räucherwaren
Finn. Butter ... Pfd. 1.52	Speckwurst Pfd. 0.95	Cocos-Palmen ... an 0.95	Schellfisch m. K. an Pfd. 0.15
Dän. Butter ... Pfd. 1.66	Jagdwurst Pfd. 1.18	Kentien an 4.20	Kabeljau a. R. 1 Gl. Pfd. 0.12
Margarine Pfd. 0.50	Leberwurst feine Pfd. 1.40	Phönix an 4.30	Rotbars Pfd. 0.40
Eier (Hoch.) 10 Stck. an 0.78	Gutleberwurst Pfd. 1.40	Blütenstaub winterh. 0.25	Kabeljaufilet Pfd. an 0.28
Bayr. Schweizer Pfd. 1.35	Leberw. Hausm. Art Pfd. 1.25	Fels-u. Steinpflanz. 0.23	Büchlinge .. an Pfd. 0.30
Edamer 40% Pfd. 0.95	Mettwurst Berliner Pfd. 1.60	Geranien an 0.90	Seelachs gelb ... Pfd. 0.35
Romadour 20% Pfd. 0.85	Schinkenpoln. .. Pfd. 1.30	Petunien (Hoch.) 3 Stck. 0.25	Schellfisch Pfd. 0.32
Limbinger 40% Pfd. 0.85	Teewurst wohn. .. Pfd. 1.30	Petunien .. 3 in Topf 0.60	Flundern Pfd. 0.40
Camembert ... Stck. 0.14	Dampfwurst ... Pfd. 0.95	Begonien .. Topf 0.35 0.25	Räucherlachs 1/4 Pfd. 0.25
Butterkäse Pfd. 1.18	Wiener Würstchen Pfd. 1.20	Cubea (Hoch.) 0.90	Stückenlachs .. Pfd. 1.40

KARSTADT

Apfelsaft

alkoholfrei m. Flasche 0.95

Kirsch- u. Himbeersaft

1 Liter 1.20

Wolghühner

Pfund an 0.90

Suppenhühner

frisch geschl. Pfd. an 1.05

Enten

Pfund an 1.20

Kronensardinen

1. Gewürzsoße 1 Ltr. - Ds. 0.28

Bismarckheringe

1 Liter-Dose 0.28

Krebse

lebend 10 Stck. an 0.50

Aale

lebend Pfund an 0.95

Der Etat des Wirtschaftsministers.

Ganze fünf Stunden Haushaltsberatung.

Das Eiltempo der Beratungen des Haushaltsausschusses über den Etat 1930 übertrifft in diesem Jahr noch die Reforme des Jahres 1929. Nachdem der 700-Millionen-Etat des Wirtschaftsministers durchgeprüft ist, beginnen sofort die Debatten über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums. 5 Stunden sind im Haushaltsausschuss dafür vorgesehen; scheinbar reichlich im Verhältnis zu den 15 Stunden Beratungszeit für den Wehretat; der Etat des Wirtschaftsministeriums beläuft sich auch nur auf 21 Millionen. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß der Etat des Wirtschaftsministeriums zu den Etats gehört, deren Ausgabenhöhe den Ausgabenkreis des Ministeriums nur unvollkommen widerspiegelt. Die Fonds, die dem Wirtschaftsministerium zur Verfügung stehen, sind nicht sehr zahlreich. Um so zahlreicher sind die allgemeinen Ausgaben des Ministeriums, die sich in den Ausgabenkreisen des Etats nicht fassen lassen. Aus seinem Betätigungsgebiet seien hier nur genannt die Beeinflussung der Zollgesetzgebung und Handelspolitik, die Mitarbeit an den Reparationsfragen, die Konjunkturpolitik, die Kartellpolitik, die Beobachtung von Geld-, Bank- und Versicherungswesen und schließlich die Beobachtung aller einzelnen Wirtschaftszweige und die allgemeine Betätigung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik überhaupt.

Die Versicherungsaufsicht.

Die Generaldebatte über den Etat des Wirtschaftsministeriums ist darum unter normalen Verhältnissen ausgedehnter als bei anderen Etats. Bei dem Hefttempo 1930 wird die Sozialdemokratie aber für einen Fall eine gründliche Klärung der Situation schaffen; nämlich in dem Fall der Frankfurter allgemeinen Versicherungsanstalt, die bekanntlich im Sommer 1929 unter höchst bedenklichen Umständen ihre Zahlungen eingestellt hat. Damals hat sich gezeigt, daß die Versicherungsaufsicht, die in Deutschland dem Wirtschaftsministerium untersteht, vielfach sehr mangelhaft organisiert ist, und daß wohl auch die personelle Zusammensetzung des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung keine unbedingte Gewähr für eine durchgreifende Kontrolle dieser Behörde bietet.

Schon im Herbst 1929 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der eine wesentliche Verschärfung der Versicherungsaufsicht vorschlug. Während der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung ist auch im Wirtschaftsministerium ein vorläufiger Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der den sozialdemokratischen Wünschen Rechnung tragen sollte. Jetzt ist anscheinend das Interesse des Wirtschaftsministeriums an einer Beschleunigung der Angelegenheit geschwunden. In seinem Tätigkeitsbericht an den Reichstag sagt das Ministerium, daß der vorläufige Gesetzentwurf zur Versicherungsaufsicht „einer nachmaligen Überarbeitung unterzogen werden soll, sobald sich die in der gleichen Richtung gehenden Bestrebungen auf dem Gebiete der Aktienrechtsreform besser übersehen lassen“. Das bedeutet eine Verzögerung der Reform der Versicherungsaufsicht auf lange Jahre, mit der sich die Sozialdemokratie auf keinen Fall einverstanden erklären kann.

Die Fonds und das Statistische Reichsamts.

Aber nicht nur in seiner allgemeinen Politik gibt das Wirtschaftsministerium Anlaß zur Kritik, sondern auch in der Verwendung seiner Fonds und in der Arbeit der ihm unterstellten Behörden, insbesondere des Statistischen Reichsamts.

Das Statistische Reichsamts trankt daran, daß in den letzten Jahren sein Personalbestand im Verhältnis zu den Aufgaben zu stark zunimmt — die Ausgaben für das Personal des Statistischen Reichsamts sind von 4,5 Millionen im Jahre 1925 auf 10,3 Millionen im Jahre 1930 angewachsen —, ohne daß dadurch eine Beschleunigung der Arbeiten erzielt würde. So, es ist somit gekommen, daß das Statistische Reichsamts im Etat 1930 Sondermittel anfordert muß (424 000 Mark), die der Beschleunigung der Bearbeitung der Einkommen- und Lohnsteuerstatistik dienen sollen. Unter „Beschleunigung“ versteht das Statistische Reichsamts die Vorlage der wichtigsten Angaben der Einkommensteuerstatistik im Laufe von 12 Monaten, also innerhalb einer Zeit, die man eigentlich als normal ansehen sollte. Natürlich wird auch bei dieser Gelegenheit der Personalbestand um nicht weniger als 140 Angestellte vermehrt.

Es soll gemäß nicht bestritten werden, daß der Aufgabenkreis des Statistischen Reichsamts ständig anwächst. Aber wir sind der Meinung, daß in einem Amt mit 666 Beamten und mit rund 2500 Angestellten durch rationellere Organisation und Personalpolitik mehr geleistet werden könnte.

Von den Fonds, die dem Wirtschaftsministerium für verschiedene Zwecke zur Verfügung stehen, seien hier genannt: 519 700 Mark für den Wirtschaftlichen Nachrichten- und Auskunftsdienst (Außenhandelsförderung), 80 000 Mark für das Deutsche Handwerksinstitut, 500 000 Mark für das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, 750 000 Mark für die Förderung des Eisenerzbergbaus an der Sieg, und schließlich 800 000 Mark für die Leipziger Messe. Bei einer Reihe dieser Ausgaben wird die Sozialdemokratie scharfe Kritik üben.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit.

dem diese Millionen Mark seit dem Jahre 1924 aus dem Reichsetat zur allgemeinen Förderung der Rationalisierung zugeflossen sind, hat weder den Erwartungen entsprochen, die unter volkswirtschaftlichen, noch gar unter sozialpolitischen Gesichtspunkten in seine Arbeit gesetzt wurden. Es hat sich zu einer langsam arbeitenden, schlecht organisierten Rationalisierungsbehörde entwickelt, in der Techniker und abgebaute Militärs, die allen volks- und sozialwirtschaftlichen Problemen der Rationalisierung fremd gegenüberstehen, eine recht erfolgreiche Geheimwissenschaft betreiben.

Die Sozialdemokratie hat versucht, gemeinsam mit den Gewerkschaften einen stärkeren Einfluß auf die Arbeiten dieser Einrichtung zu gewinnen. Von dem Ausgang der Etatberatungen und davon, ob

Sicherheiten für die Führungnahme des Reichskuratoriums mit den Arbeitnehmerverbänden geschaffen werden, wird die Sozialdemokratie die weitere Finanzierung der Einrichtung aus Reichsmitteln abhängig machen müssen.

Exportförderung.

Der Reichsrat hat es für nötig gehalten, 800 000 Mark für Förderung der Leipziger Messe in den Etat einzustellen. Die Sozialdemokratie wird die Streichung dieses Ansatzes verlangen, der nur einer einzigen Messe zugute kommt.

Dem Zwecke der Wirtschaftsförderung, insbesondere der Ausfuhrförderung dient eine Ausgabe von rund 500 000 Mark für den Wirtschaftlichen Auskunfts- und Nachrichtendienst. Der deutsche Außenhandelsnachrichtendienst befindet sich seit einiger Zeit in einer Umorganisation, die besonders darin besteht, daß zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Wirtschaftsministerium eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten vorgenommen wird. Wie sich die Umorganisation im einzelnen auswirkt, bleibt abzuwarten. Der Nachrichtendienst zur Exportförderung ist wichtig; aber es kann nicht verhehlt werden, daß das Reich einen keineswegs zweckmäßigen, aber kostspieligen Apparat für diese Dinge unterhält, wozu z. B. die „Industrie- und Handelszeitung“ und einige Nachrichtenbüros gehören, von denen eines, nämlich die Eildienst GmbH, überhaupt nicht im Reichsetat erscheint. Wie uns bekannt ist, erzielt die Eildienst GmbH, die sich ganz im Besitz des Reiches befindet, eine Jahreseinnahme von rund 200 000 Mark. Es wäre natürlich gewesen, bei der Reorganisation des Auslandsnachrichtendienstes diese 200 000 Mark in den Etat einzustellen. Man hätte dann den Eindruck vermieden, als benutzte die Reichsverwaltung jede Gelegenheit, um sich gewisse Fonds zu sichern, über deren Verwendung sie dem Parlament keine Rechenschaft zu geben braucht.

Die große Arbeitslosigkeit.

Über 311 000 Berliner suchen noch Arbeit.

Nach dem jetzt vorliegenden Bericht des Landesarbeitsamtes Brandenburg (Berlin-Brandenburg-Grenzmark) hat sich in der zweiten Aprilhälfte die Frühjahrsenkastung auf dem Arbeitsmarkt bereits wieder erheblich verlangsamt. Der Rückgang an Arbeitslosen betrug nur 13 418 gegenüber 21 536 Personen in der ersten Aprilhälfte. Die Zahl der Unterstützungsbezieher ging in den beiden Berichtswochen sogar nur um 7841 Personen zurück. Seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit mit 501 457 Arbeitslosen Ende Februar ist in den letzten acht Wochen die Zahl der Arbeitslosen im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg nur um 14 Prozent zurückgegangen. Dagegen verringerte sich die Arbeitslosigkeit in der gleichen Zeit des Vorjahres um 34 Prozent, obwohl in Folge des sibirischen Winters der Frühjahrsanfang im vergangenen Jahre erheblich später erfolgte.

Wie bedrohlich sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahre zuspitzt hat, wird daraus ersichtlich, daß allein die Zahl der vom Landesarbeitsamt Brandenburg erfaßten Arbeitslosen Ende April um 170 790 Personen höher lag als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Wie sich die Konjunkturerholung auf die wichtigsten Berufsgruppen auswirkt, zeigt folgende Tabelle:

	Arbeitslose	
	1929	1930
Baugewerbe	12 395	27 615
Lohnarbeit wechselnder Art	64 149	108 282
Metallindustrie	42 634	80 262
Spinnstoffgewerbe	5 600	14 456
Holzindustrie	15 367	21 508

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen stellte sich Ende April in Berlin, Brandenburg und der Grenzmark auf insgesamt 424 114 gegen 437 532 Personen Mitte April. Auf Berlin allein entfallen hieron 311 567 Arbeitslose. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug 259 106 und in der Krisenunterstützung 52 259, zusammen also 311 365 Personen. Die Zahl der aus der Arbeitslosenversicherung unterstützten Berliner betrug 217 647 Personen.

Besteuerung der öffentlichen Betriebe.

Die vom Reichswirtschaftsrat empfohlene Enquete.

Der Reichswirtschaftsrat hat in seinem wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Ausschuss in gemeinsamer Sitzung den Entwurf eines Gesetzes über die Mitwirkung der öffentlichen Betriebe bei Erhebungen zur Frage der öffentlichen Wertbesteuerung beraten, der nach einem Reichstagsbeschluss vom 20. Juni 1929 von der Reichs-

regierung zur Begutachtung vorgelegt worden ist. Der Gesetzentwurf hat durch den Reichswirtschaftsrat eine wichtige Ergänzung erfahren. Die Prüfung der Auswirkung einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe soll danach auch unter Berücksichtigung der sonstigen Belastung der Werke mit Abgaben für öffentliche Zwecke erfolgen und auch die sozialpolitische neben der volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkung umfassen. Eine Entscheidung bittet die Reichsregierung, die Beschaffung der Unterlagen zu beschleunigen und die Stellungnahme der Reichsregierung dem Reichswirtschaftsrat möglichst bis zum 31. Dezember 1930 vorzulegen.

Kupferpreis sinkt weiter.

Belgien droht mit der Kartellkündigung.

Gestern ist der Kupferpreis für den europäischen Verkauf von 13,30 auf 12,80 Cents weiter gesunken worden. Der gegenwärtige Preis beträgt nur noch die Hälfte des vom internationalen Kupferkartell einmal erreichten Höchststandes von über 24 Cents. Aber auch zu diesem Preise ist die Lust der Käufer noch nicht gestiegen, durch Eindrückungen die Weltvorräte zu senken, die bisher den Preis immer tiefer gedrückt haben. Im internationalen Kartell verschärfen sich zudem die Gegensätze. Amerika beherrscht bisher das Kartell, aber es ging nur solange gut, als die Preise sehr hoch waren. Die Bemühungen, die Produktion einzuschränken, können im wesentlichen als gescheitert angesehen werden. Starke amerikanische Produzenten neben der Anaconda Copper Co., vor allem auch die südafrikanischen und die belgischen Erzeuger (Kongostaat) wollen anders als die Amerikaner. So darf man nicht mit Unrecht annehmen, daß das Kupferkartell schon heute nur noch dem Namen nach existiert. Die Situation in der American Copper Export Association — das ist das Kartell — wird durch die Meldung gekennzeichnet, daß die belgische Erzeugergruppe, die Union Minière du Haut Katanga — das ist die belgische Kongo-Gesellschaft — den Kartellvertrag zum 5. Januar 1931 kündigen will, wenn das Kartell bis dahin dem Kupfermarkt nicht wieder eine gesunde Grundlage geben, das heißt höhere Preise schaffen kann.

Berliner Konsum im April.

Troh ungünstiger Wirtschaftsverhältnisse beträchtliche Umsatzerhöhung.

Im Gegensatz zum Monat März, der nur eine Umsatzerhöhung von 2,2 Prozent aufwies, konnte die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend im April gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Umsatzerhöhung von 19 Prozent verbuchen. Zu diesem günstigen Ergebnis trug der Umstand bei, daß in den diesjährigen April die Osterwoche mit ihren größeren Warenkäufen fiel, während im Vorjahre die gleiche Woche im März lag. Der Gesamtumsatz betrug 6 984 796 M.; im Vergleich zum

WOCHENEND-ANGEBOTE!

Herren-Anzüge

- Sakko-Anzüge gute Qualität, moderne Muster 60.- 45.- 36.-
- Sakko-Anzüge ^{besonders gut verarbeitet, hervorragender Sitz} 110.- 95.- 75.-
- Sport-Anzüge 4 teilig, bewährt. Stoff., engl. gemust. 65.- 55.- 40.-
- Sport-Anzüge 4 teilig, ausgesucht gute Qualitäten 117.- 98.- 93.-

Leichte Sommerkleidung

- Lüster-Sakko schwarz und blau 18.- 12.- 7.50
- Waschjoppen für Büro und Arbeit 12.- 6.- 3.90
- Waschhosen lang, oder Breeches 9.- 6.- 3.75
- Knabenwaschanzug aus gestreiftem Kadettstoff, mit Garnitur (original Kieler Form) für 3-4jährige 3.50

Kleidung für jeden Sport

- Trainings-Anzüge für Damen u. Herren Gr. 3 12.- 8.70 5.-
- Windjacken für Damen und Herren . . . 18.- 13.50 10.50
- Trenchcoats für Damen und Herren . . . 36.- 27.- 16.50
- Gummi-Mäntel für Damen und Herren . . . 24.- 15.- 9.-

Gelegenheitsposten in Strickkleidung und Wäsche

BAER SOHN Berlin C2, Chausseestr. 29-30

UNTERGRUNDBAHN STETTINER BAHNHOF

April des Vorjahres (5 867 323 M.) ergibt sich eine Umsatzvermehrung um 1 117 473 M. Nach wie vor weist die Gruppe der Fleischabgabestellen besonders starke Umsatzerhöhungen auf; die Erhöhung betrug hier 67 Proz. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied zeigt nur eine geringe Abweichung, er belief sich im April 1929 auf 33,90 M., im April 1930 auf 33,98 M.

Die Reihen der Berliner organisierten Verbraucher schlossen sich weiter durch Neuaufnahme von 2391 Haushaltungen; als Gesamtbestand konnten Ende April 205 499 Mitglieder registriert werden. Bemerkenswert ist, daß im Bezirk einer in einen Reubaublock verlegten Abgabestelle innerhalb sechs Wochen 348 Aufnahmen vollzogen wurden.

Der Einlagenbestand der Konsumgenossenschaftlichen Sparkasse hat Ende April annähernd 45 Millionen erreicht; die Zunahme der Sparkelder belief sich auf 287 416 M.

Zur Eröffnung kamen im April folgende Abgabestellen: Mariendorf: Wilhelm-Pasewaldt-Straße 28 (Lebensmittelabgabestelle); Kalkberge: Bergstraße (Lebensmittelabgabestelle); Lichterfelde-Süd: Berliner Straße 104 (Lebensmittelabgabestelle); Berlin SW.: Bergmannstraße 109 (Fleischabgabestelle).

Elektrofinanzierung lohnt sich.

Schudert erhöht Dividende von 11 auf 12 Proz.

Die Finanzierung von Kraftwerken und Verkehrsunternehmungen, die das ausschließliche Arbeitsgebiet der Schudert & Co. Akt.-Ges. in Rürnberg bildet, hat dem Unternehmen auch im letzten Jahre große Gewinne gebracht.

Bei Senkung der Unkosten und Steuern auf 1,22 gegen 1,42 Millionen Mark wurde ein Reingewinn von 6,43 gegen 6,93 Millionen Mark erzielt. Die Dividende auf das Kapital von 56,5 Millionen wird von 11 auf 12 Proz. heraufgesetzt. Bei den Beteiligungen, den Elektrizitätswerken und Bahnen hat sich zum Beginn des laufenden Jahres die allgemeine Depression fühlbar gemacht. Die Gesellschaft versucht, den Abwärtstrend durch verstärkte Werbung von Neuanhänglichen und Propaganda für die Benutzung von Elektrogeräten wettzumachen.

Elektrisches Apparategeschäft bleibt gut.

Wieder 8 Proz. Dividende bei Dr. Paul Meyer.

Die Dr. Paul Meyer A.-G. in Berlin, ein Spezialunternehmen für elektrotechnische Meßinstrumente und Apparate, schließt auch das Geschäftsjahr 1929 mit der gleich hohen Dividende von 8 Proz. wie in den beiden Vorjahren ab.

Das Unternehmen konnte die Umsätze im Berichtsjahr auf der Höhe des Jahres 1928 halten, in dem die höchsten Umsätze seit dem fast vierzigjährigen Bestehen der Gesellschaft erzielt wurden. Die sinkenden Preise konnten nach dem Geschäftsbericht durch Verbilligung der Fabrikation ausgeglichen werden. Im einzelnen ging der Betriebsgewinn von 2 auf 1,8 Millionen zurück, jedoch sanken in dem gleichen Verhältnis auch die Unkosten, die mit nur 0,75 gegen 0,84 Millionen im Vorjahre ausgewiesen werden. Auch die Steuern und Soziallasten haben sich um 30 000 auf 460 000 M. verringert. Der Reingewinn wird daher in der gleichen Höhe wie im Vorjahr mit rund 327 000 M. ausgewiesen.

In der Bilanz wurden die Vorräte, die sich schon im Vorjahr von 2,1 auf 1,85 Millionen verringert hatten, infolge der Rationalisierung weiterhin erheblich verringert. Die Finanzen des Unternehmens beweisen, daß auch bei den gesunkenen Preisen gut verdient wurde. Die Schulden sind um mehr als ein Drittel auf 680 000 M. gesenkt worden; dagegen stiegen die Bankguthaben von 1,33 auf 1,67 Millionen, während die übrigen Forderungen ebenfalls erheblich zurückgingen. Der Auftragszugang in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres hielt sich auf der Höhe der entsprechenden Monate von 1929.

Interessante Hintergründe des letzten New Yorker Kurssturzes werden durch eine Verfügung des Generalstaatsanwaltes des Staates New York deutlich, wonach 250 Investmentgesellschaften aufgefordert werden, über Zusammenhänge, Anschaffungspreis und gegenwärtigen Marktwert ihrer Effekten sowie über die Gesichtspunkte genaue Auskunft zu geben, die für die einzelnen Effektenkäufe maßgebend waren. Diese Aktion des Generalstaatsanwaltes war in den Kreisen der amerikanischen Investmenttrusts schon am vorigen Freitag bekannt und hat dann am Sonnabend zu riesigen Aktienkäufen geführt, die den neuen schweren Kurseinbruch in New York veranlaßt haben.

Maßschertellene Anlagen. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft gibt bekannt, daß eine aus den Herren Steinthal, Günther und Urbig bestehende Aufsichtsratskommission die von dem früheren Börsendirektor Whilippi gegen Direktor Feht erhobenen Vorwürfe geprüft habe und zu einem negativen Testergebnis gekommen sei. Unter Nennung von Zeugen und unter Berufung auf seinen Eid bestritt Herr Whilippi nach wie vor auf der Berechtigung der von ihm erhobenen Anlagen.

Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn

Der Einheitsverband und seine Gegner.

Die Arbeiter der Reichsbahn wählen ihre Betriebsvertretungen alljährlich im Mai. Sie treffen gegenwärtig die letzten Vorbereitungen für die Neuwahl der Betriebsräte am Sonntag, dem 11., und Montag, dem 12. Mai. Die katastrophale Auswirkung der Wirtschaftskrise hat auch vor der Reichsbahn nicht haltgemacht. Die Reichsbahngesellschaft hat unter Berufung auf den Verkehrsrückgang und die große Finanznot der Reichsbahn Betriebsseinschränkungen in größerem Umfang vorgenommen.

Der Einheitsverband der Eisenbahner hat alles getan, was in seinen Kräften stand, um den Entlassungsmaßnahmen entgegenzuwirken. Die verantwortlichen Verwaltungsinstanzen wurden darauf hingewiesen, daß an zahlreichen Stellen Geldausgaben gespart und

durch Verkürzung der Arbeitszeit

Entlassungen ganz vermieden werden können. Dem Generaldirektor Dormmüller wurde eindringlich dargelegt, daß die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft auf die Dauer unmöglich weitergetrieben werden kann. Die hohen Kranken- und Unfallziffern seien eine Folge der Rationalisierung. Eine Besserung dieses Zustandes sei nur durch Erleichterungen in dem zwangsläufigen Arbeitssystem zu schaffen. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei auch im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit unerlässlich.

Die Einwände Dormmüllers und die Rechenschaftsberichte der Hauptverwaltung über die Mehrkosten bei Einführung des Achtfundertages wurden als unhaltbar zurückgewiesen.

Die Düsseldorf Rede Dormmüllers

vor dem Industrieklub zeigt, daß der Generaldirektor der Reichsbahn wenig Verständnis für die soziale Lage der Arbeiter hat. Dormmüller hat sich bei dieser Gelegenheit gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik ausgesprochen, die durch eine Erhöhung der Kaufkraft der Massen die allgemeine Wirtschaftslage bessern will. Sein Ausspruch: „Mehr Arbeit und weniger Lohn“ ist die alte kapitalistische Potemkinlösung für die Behebung von Wirtschaftskrisen auf Kosten der breiten Masse.

Die Eisenbahner müssen alle Kräfte zusammenfassen, um dem sozialen Rückschritt Einhalt zu gebieten. Der Kampf des Kapitals gegen die Sozialpolitik muß auch den letzten aufzrütteln. Die Eisenbahner erkennen immer mehr und mehr, daß die Arbeiterklasse nur auf dem von den freien Gewerkschaften beschrittenen Wege zum Ziel gelangen kann.

Der Einheitsverband der Eisenbahner hat sich auch dieses Jahr wiederum mit der sogenannten „revolutionären Opposition“ herumschlagen, die große Anstrengungen macht, mit Hilfe der Unorganisierten größere Stimmengahlen aufzutreiben. Die R.P.D.-Zentrale hat sich, genau wie im Vorjahre, wieder durch genaue Anweisungen besonders um die Organisation der Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn bemüht. Die R.P.D. versucht, aus der Wirtschaftskrise und den Entlassungsmaßnahmen der Reichsbahngesellschaft Kapital zu schlagen.

Der Einheitsverband und seine Funktionäre werden sich sowohl gegen die kommunistischen Methoden als auch gegen die Verleumdungskünste der übrigen Gegner zu wehren wissen. Die große Masse der Eisenbahner hat ihre Schädlinge längst erkannt. Die christlichen und hirsch-dunderschen Eisenbahnerorganisationen spekulieren auf die kommunistische Hilfe, um den

Zustrom zum Einheitsverband

anzuhalten. Was von den Verleumdungen zu halten ist, die die Gegner über den Einheitsverband verbreiten, ergibt sich aus der Tatsache, daß der christliche und der hirsch-dundersche Verband im Bezirk Halle eine gemeinsame Vorschlagsliste zum Bezirksbetriebsrat unter Mißbrauch des Kennwortes des Einheitsverbandes eingereicht haben. Sie versuchten also trotz ihrer gehässigen Kampfesweise gegen den Einheitsverband mit dem Kennwort des Einheitsverbandes Wahlgänge zu machen. Die Mitglieder und Funktionäre des Einheitsverbandes werden alles daran setzen, um ihren Gegnern bei der Betriebsrätewahl die verdiente Niederlage zu bereiten.

Der Einheitsverband führt den Wahlkampf unter Voranstellung der grundsätzlichen Forderungen und Ziele der freien Gewerkschaften. Er hat auch zahlreiche Erfolge seiner Gewerkschaftsarbeit aufzuweisen und genießt deshalb seit Jahren mit Recht das Vertrauen

der übergroßen Mehrheit der Eisenbahner.

Der größte Erfolg des Einheitsverbandes besteht darin, daß es ihm mit Unterstützung seiner ausländischen Bruderorganisationen gelungen ist, bei den Pariser Verhandlungen über das neue Reichsbahngesetz im Organisationskomitee die rechtliche Gleichstellung der Eisenbahner mit den übrigen Arbeitnehmern weitgehend durchzusetzen. Dazu kommt der materielle Erfolg der letzten Lohnbewegung im Mai vorigen Jahres. Damals

ist es unter Führung des Einheitsverbandes gelungen, trotz hartnäckigem Widerstand der Reichsbahngesellschaft, die öffentliche Meinung und den Schlichter für eine allgemeine Lohn-erhöhung von 3 bis 4 Pfennig die Stunde zu gewinnen. Daneben hat der Einheitsverband noch unzählige Einzelerfolge in der täglichen Interessensvertretung aufzuweisen. Die Lösung am Wahltag heißt deshalb:

Alles wählt Einheitsverband!

Die Wahlen bei der Reichspost.

Am 10., 11. und 12. Mai werden die Wahlen der gesetzlichen Betriebsvertretung bei der Reichspost vorgenommen. Außer der freigewerkschaftlichen Liste 1 stehen noch vier andere Listen zur Wahl, darunter natürlich auch ein Liste der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“. Die Kommunisten haben zum ersten Male auch für den Zentralbetriebsrat eigene Vorschläge eingereicht in der Hoffnung, daß auch bei der Deutschen Reichspost sich genug unfrische Arbeiter finden, die den Gewerkschaftsfeinden ins Garn gehen.

Wie üblich hat die „Opposition“ ihre Wahlpropaganda einzig und allein auf eine üble Heße gegen die bisherigen freigewerkschaftlichen Betriebsräte abgestellt und sie mit den gemeinsten Verleumdungen und Beschimpfungen bedacht.

So wurde von den Kommunisten u. a. die Lüge verbreitet, daß Betriebsräte des Reichspostzentralamtes Waren-geschäfte betrieben und darüber ihre Pflichten als Betriebsräte vergessen hätten. Obwohl in einer Betriebsversammlung des Reichspostzentralamtes einstimmig festgestellt wurde, daß an diesen Behauptungen nicht ein wahres Wort ist und die Lügen nur aus wahlagitatorischen Gründen verbreitet wurden, geht die sogenannte Opposition mit dieser verlogenen Behauptung weiter treiben.

Davon aber, daß von den bombastischen Forderungen des „oppositionellen“ Reichstages der Post- und Telegraphenarbeiter am 23. März in Halle nach Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf., Einführung des Siebenfundertages usw. noch nicht eine einzige verwirklicht worden ist und von der „Opposition“ auch gar nicht verwirklicht werden kann, wird in den wahlpropagandistischen Schmäh-schriften der Kommunisten kein Wort gesagt. Auch davon nichts, daß die „revolutionäre“ Opposition selber bis jetzt noch nicht den geringsten Versuch zur Durchsetzung dieser Forderungen unternommen hat.

Die Post- und Telegraphenarbeiter sind hoffentlich urteilsfähig genug, um zu erkennen, daß zwischen „revolutionärem“ Maulheldentum und erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit ein ganz gewaltiger Unterschied ist. Sie werden den freiwilligen und unfreiwilligen Stützen des Unternehmertums den verdienten Fußtritt geben und bei der Betriebsrätewahl

geschlossen für die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste 1 stimmen.

Schwache Arbeitsmarktlastung.

Ende April noch 1 760 863 Hauptunterstützungsempfänger.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 16. bis 30. April dieses Jahres zufolge ist die Frühjahrs-einstufung des Arbeitsmarktes in diesem Zeitraum noch laug-samer geworden. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit erreichte bei weitem nicht mehr das Ausmaß der ersten Aprilhälfte.

Insgesamt belief sich am 30. April die Zahl der Haupt-unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf 1 760 863, in der Krisenunterstützung auf 3 202 366. Am 15. April betragen die entsprechenden Zahlen 1 859 266 und 3 02 462, am 31. März 2 053 380 und 2 93 722. Am 30. April vorigen Jahres betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 1 126 078 und in der Krisenunterstützung 1 98 780.

Gegen das Vorjahr ist also die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 634 785 höher und die der Krisenunterstützten um 121 656.

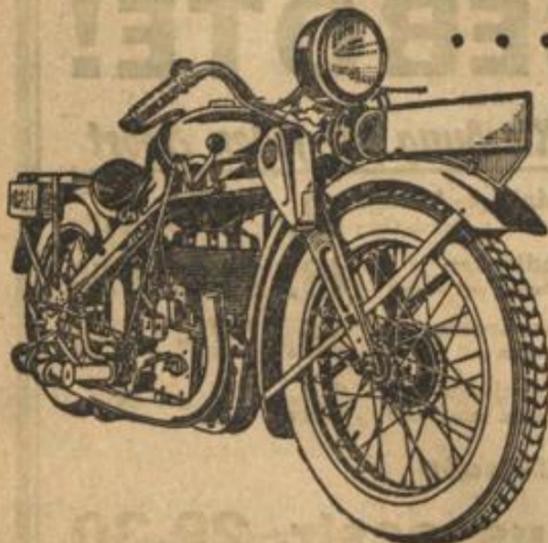
Der Metallarbeiterverband obenan.

Von 1870 Betriebsräten 1294 auf seine Listen.

Bochum, 8. Mai. (Eigenbericht.) Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie des Ruhrgebiets ergibt folgendes Bild: In 300 größeren Betrieben wurden insgesamt 1870 Betriebsräte gewählt. Davon buchten der Deutsche Metallarbeiter-Verein 1294. Von dem Rest von 516 Mandaten entfielen auf die

OPEL-MOTOCLUB

... ist billiger geworden!



Jeder Sportsmann sagt, daß Opel-Motocub sich ohne Ermüdung fahren läßt, weil diese Maschine die ideale Abwälz-Federung hat. Durch diese geniale Anordnung wird vollkommen stoßfreies, ruhiges Fahren, auch auf schlechtesten Straßen, erreicht.

NEUE, NIEDRIGERE PREISE.

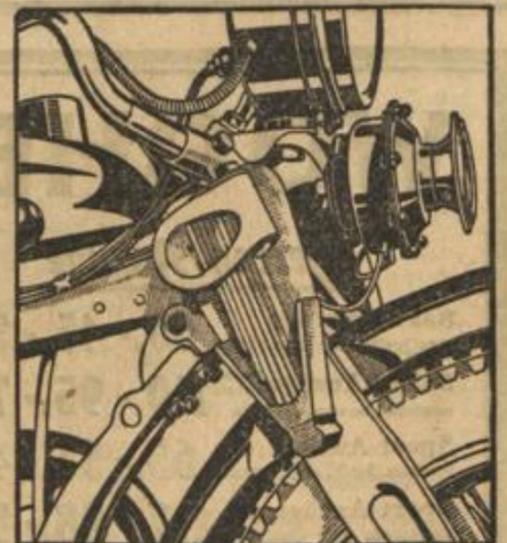
Bequeme Zahlungsbedingungen. In den niedrigeren Preisen ist die vollständige elektrische Ausrüstung enthalten.

Opel-Motocub, T, 500 ccm Opel-Motocub, SS, 500 ccm
 Tourenmodell 1,9/16 PS, unten Sportmodell 1,9/22 PS, oben
 gesteuert, komplett mit elektri- gesteuert, komplett mit elektri-
 scher Lichtanlage und Horn scher Lichtanlage und Horn

RM 1165.- Motoclubfahrer RM 1265.-
 die Herren der Landstraße



Auch Herstellerin der bekannten 4- und 8 PS Wagen



Lassen Sie sich von den Händlern die Maschinen vorführen, verlangen Sie Prospekte oder schreiben Sie direkt an die Adam Opel A.G., Motorradabteilung, Rüsselsheim am Main.

Kurt Rudolf Neubert: Ein Wiedersehen

(Schluß.)

Der Geschäftsführer hatte ihr bald nach ihrem Debut zu verstehen gegeben, daß sie zu manchen Gästen eigentlich etwas entgegenkommender sein könnte, es war gar kein Zweifel, was er meinte.

Vielleicht hätte Anni ihre Stellung nicht lange halten können, da sie noch nicht das nötige Gegenkommen zeigte, wenn sie nicht im Laufe der Wochen für eine Karität angesehen worden wäre, der man mit Berührung nach, über die man in den Kreisen der Stammgäste flüsterte und Wetten abschloß: „Noch nichts erreicht, Herr X.? Wie lange noch, beßer Herr Y.? Wann wird Ihnen diese leuchtende Billie zufließen, Verehrtester?“

Nach einem halben Jahr ungefähr, als Annis Karitätswert vom Geschäftsführer doch nicht länger gebilligt worden wäre, hatte Anni aber schon soviel gelernt, daß voraussetzen war, sie würde bald in jeder Beziehung eine richtige Barfrau werden.

„Es kommt, wie's kommen muß,“ dachte sie manchmal an Karls Wort. Sie empfand einen tragischen Sinn darin. So kam es auch, daß eines Abends der Stammtisch in glänzender Stimmung war, weil jemand eine Wette gewonnen hatte. Herr Y. hatte sie gewonnen und konnte sie mit drei Flaschen Sekt feiern. Von nun an hätte man diese Wetten um Annis Karitätswert gewinnen können, aber es fand sich keiner mehr, der darum wolle und — verlieren wollte. Anni war eben eine todsichere Sache geworden.

Wie schnell alles ging, wenn man den ersten Schritt getan hatte. Anni wurde bald alles selbstverständlich. Sie war in ihrem Beruf aufgegangen. Ihre Welt war der Bortisch und sie stand unter seinen besonderen Befehlen. So war Jazzmusik ein Befehl für sie, eine gefüllte Brieftasche, ein lebensfrohes Männergesicht dergleichen. Diesen Befehlen unterlag sie, und jede Niederlage war ein Kampf. Sie erwachte verdächtig aus diesem Kampf. Manchmal streckte sie froh und in Erinnerungen die Arme von sich, manchmal sah sie vor dem Spiegel, erschrocken die Hände vor dem Gesicht. Morgens waren ihre Augenbrauen ein verwilligter Kohlestrich, ihre Lippen trugen verführte Spuren von künstlichem Rot und ihre Augen... brrr. Sie kühlte und massierte, sie cremte und stärkte sich mit Deukateffen und viel Schlaf am Tage. Ehe sie so müde einschiel, tauchte manchmal die Erinnerung an Karl auf. Jahre noch blieb ihr diese Erinnerung lebendig, und manchmal erschien sie ihm nach verlogenen Kaufs.

Ihr weiteres Leben hatte keine besonderen Stationen mehr. Vergnügen war ihr Beruf, aber ihr Beruf machte ihr kein Vergnügen mehr. Es war längst eine bittere Angelegenheit geworden. Ein Kampf mit unzufriedenen Geschäftsführern, intrigierenden Kolleginnen, großmäuligen Kellnern, sadomasochistischen Musikern und porderben Stammgästen. In Berlin wechselte sie ihre Stellungen. Von mondänen Lokalen des Westens stieg sie zu kleinen Bortischen des Nordens herab. Sie sah Berlin und suchte in der Provinz Unterschlupf.

... In einer Provinzhauptstadt — nach vier Jahren — traf sie dann einmal Karl. Mit mehreren Herren war er in die Bar gekommen, ahnungslos, in heiterer Stimmung. Man hatte ein Fußballspiel hinter sich und gewonnen, das sollte gefeiert werden bis zur morgigen Rückfahrt nach Berlin. Ein braungebrannter Mann trat an den Bortisch. Eine Stimme, die sie zum letztenmal vor vier Jahren in einem Wald bei Berlin gehört: „Wenn es dein Glück ist, Anni, dann geh...“ Diese Stimme schlug jetzt an ihr Ohr. Karl hätte Anni kaum erkannt, aber als sie ihn erblickte, fiel ihr das Glas aus der Hand...

Natürlich blieb Karl die Nacht da. Sie hatten keine Berabredung getroffen, aber es war selbstverständlich, daß er auf Anni wartete, und daß sie dann zusammen die Treppe zu Annis Wohnung hinaufgingen. Anni lockte Tee und stellte Vitore und Zigaretten hin. Sie lief geschäftig hin und her, sie schämte sich und war selig. Karl war bei ihr!

Sie hatten sich noch nicht einmal geküßt — Anni kam das

plötzlich schmerzhaft zum Bewußtsein — und Karl streckte sich gesund und behaglich müde im Sessel aus und erzählte zwischen einem halben Duzend Zigaretten, wie es ihm ergangen. Natürlich ging es ihm jetzt gut. Er war damals zwar sehr down gewesen, nach der Geschichte dort im Walde, aber er hatte sich nicht unterliegen lassen. Nein! Er war dann einem Sportverein beigetreten, hier hatte man ihn alsbald schätzen gelernt. Er machte Endspiele mit und man rechnete bei Meisterschaftsspielen mit seinem Können. Natürlich bekam er dann auch durch Verbindungen eine besser bezahlte Stellung. Er machte Vereinskreisen mit in größere Städte, war sogar im Ausland gewesen und einmal — er lachte — einmal auch in einer illustrierten Zeitschrift.

„Und du, Anni?“ fragte er dann und sah sich in der Wohnung um, „du hast es auch nicht schlecht, wie ich sehe.“

„O nein!“ Anni schüttelte heftig den Kopf. Eigentlich war sie dem Weinen nahe, aber nun erzählte auch sie. Namen von großen Vergnügungstokalen kamen auf, es war im Grunde immer dasselbe, immer Bortisch, mal eine kleine Reise an die Ostsee, aber sie erzählte sehr eifrig, sie ließ auch ihre Ringe mierzählen, die an ihren Fingern funkelten und die Photographien dort an den Wänden, Bilder von Artisten, Kolleginnen, Sogophonbläsern, Lebemännern...

Er sah sich diese Photographien an und las hier und da auch die Widmungen. Er wunderte sich durchaus nicht, daß sein Bild in dieser großen Kollektion nicht vertreten war. Er hatte auch nicht bemerkt, daß Anni vorhin ein Bild vom Schreibtisch genommen und in ein Fach eingeschlossen hatte. Es war sein Bild. Es hatte abseits gestanden, wie auf einem besonderen Ehrenplatz, als gehörte dieses Bild eigentlich nicht in diese Gesellschaft. Anni hatte sich geschämt und darum das Bild schnell versteckt. Wegen der anderen Photographien hatte sie sich geschämt. Aber Karl störten die gar nicht. Er fand alles so selbstverständlich. Er hatte schließlich nichts anderes erwartet. Er nahm Anni eben so, wie sie nun einmal war. Es war ein Märchen, daß sie sich hatten heiraten wollen.

Er nahm auch nachher Anni nur wie irgendeine fremde Frau auf einer Reise. Anni kam das vor wie eine schwere, furchtbare, Rache, die sich an ihr vollzog. Als er, wie früher den Kopf an ihre Brust geschmiegt, eingeschlafen war, war ihr, sie müsse in sein Herz schauen und seine Gedanken erraten. Neben ihr lag der einzige Mensch, den sie liebte und um dessen willen sie ein neues Leben beginnen konnte. Wird dieser einzige Mensch morgen, ehe er wieder ging, zu ihr sagen: „Wollen wir uns einmal schreiben, wollen wir uns wieder einmal sehen? Wollen wir...?“ Sie würde... oh, was würde sie nicht alles für ihn tun...

Er atmete ruhig neben ihr und sie blinnte vom Bett aus auf die Bilder der Kolleginnen, der Lebemänner, der Barzucker. Sie sah wie auf etwas Fremdes, nicht zu ihr Gehörendes. Sie kühlte leise den neben ihr Schlafenden und dachte: „Meine Liebe hat die Kraft, alles auszuwischen. Meine Liebe ist unendlich stark. Du könntest mich schlagen und mich betrügen, ich würde immer dein bleiben. Nur sag' nachher, nur sag' nachher... mein Gott, sag' nachher, daß wir uns wiedersehen werden...“

Er aber fragte in dieser Nacht noch ein paarmal schlaftrunken, wie spät es sei. Er dachte an seinen Zug. Und als er morgens eilig aufstand, und Anni ihm noch schnell einen Kaffee machen wollte, sagte er: „Nein, nein, dazu ist es zu spät. Ich erreiche sonst den Zug nicht.“ Ihr war, sie wäre noch nicht richtig erwacht oder dieses graue Erwachen wäre ein Traum. Er kühlte sie nachher noch und sagte „Anni!“ zu ihr. „Anni, nun haben wir uns doch noch gesehen!“

Als er dann gegangen war, lag sie noch lange wie erschlagen im Bett. Sie streckte die Arme nach ihm aus, rief seinen Namen. Die vielen Photographien im Zimmer wurden lebendig. Die Lebemänner lächelten auf sie herab, der Sogophonbläser blies melancholisch, die Kolleginnen sahen sie mitteilend an.

Da froh sie. Sie hob die Decke an ihre Augen, denn sie sah ihre Zukunft, irgendwo eine Straße...

„Wenn du sagst, daß es dir leid tut, würde ich vielleicht wieder zu dir zurück kommen.“

Der Blinde überlegte. Das Paradies würde es ja auch nicht werden. Mit seiner alten Frau. Aber ein Wechsel tat wieder mal gut. Mit dieser konnte er von alten Zeiten erzählen. Es lodte, so von alten Zeiten zu erzählen. Und seine Witrin würde sich die Plage ärgern, wenn er kündigen würde. Von den paar Groschen des Schlossers konnte sie nicht immer in den Kientopp rannen. Er hatte seine Rache. Und dann müßte seine Frau in der Figur noch ganz hübsch sein. Bloß ihre Schnauze hatte ihn doch früher gestört.

„Na, was meinst du?“

„Ja, es tut mir leid.“

„Na, siehst du.“

Und dann fühlte er, daß die Frau sich zu ihm sehen wollte, und er rückte leicht beiseite. Sie noch immer noch wie früher nach frischer Wäsche und das war angenehm im Frühling. Er legte seinen Arm behutsam um sie. Mehr konnte man hier nicht tun. Aber ein klein wenig pietete er sie, und das Fleisch war noch fest. Da wollte er sie beim Vornamen nennen, da kam der Hund.

Wie rasend sprang der Frau an, und der Nord Wäsche fiel von der Bank. Die Frau schlug nach ihm. Da biß er sich in ihren Rock fest. Die Frau schlug nach ihm. Er knurrte Drohend. Der Hund Glasauge sprang auf den weißen Oberhemden herum. Da tat die Frau den Mund auf. Die Schimpfworte kamen. Die alten Schimpfworte kamen. Wie eine Sturzwut. Wie ein Frühlingsgewitter. Der Frühling im Binden wurde wieder sehr klein. Seine Witrin betrog ihn, aber sie schimpfte nicht. Und diese hier hatte kein Wort vergessen. Heute bekam es der Hund, morgen er. Nein, er bekam es noch heute. Sie sang auch noch mit ihm an. Warum er den Hund nicht zurückrufe? Warum er diese Lida nicht abschaffe? Seine Frau sei ihm wohl nicht einmal den Hund wert? Er sei wohl doch noch der alte Bogabund?

Beil der Hund den Rock losließ und das Bein packte, heulte sie. Da rief er den Hund an. Knurrend legte sich Glasauge unter die Bank. Die Frau raffte unter Füßchen die Wäsche zusammen. Sie sprach kein Wort mehr zu dem Mann, ging davon. Der Frühling war in ihr nicht mehr jung genug, um Arbeit über ihn vergessen zu können. Der Frühling war gestört. Man hörte sie noch lange schimpfen.

Der Blinde sah wieder regungslos. Glasauge rief seine Schnauze an dem rechten Bein. Ein junges Mädchen warf einen Groschen in den abgegriffenen Hut.

Gerland: Die Kinderklapper

Auf dem winzigen Kinderspielplatz, der eingebettet dazwischen zwischen den alten, trostlos-grauen Häusern und den roten Brandmauern, in der Nähe des Kanals, in der Gegend der Arbeiterquartiere, spielen ein paar Kinder in dem nassen, festgebackenen Sand mit dem Abfall der Straße... Es sind die Kinder armer Leute. Die Laternen werden schon angesteckt. Unruhig flackern die schwelenden Flammen, und aus einer Restauration bringt leise Musik in die Dämmerung.

Die Kinder spielen. Sie spielen „erwachsen“ und „alt“. Was sollten sie wohl sonst spielen, diese Kinder mit den alten Gesichtern, die keine Kindheit haben, und deren Jugend Kampf ist? Ein kleines Mädchen spielt mit einer Klapper. Sie veranstaltet einen infernalischen Bärm, aber sie freut sich daran; und das ist ja die Hauptsache. Es wird Abend. Und die Mütter kommen, oder die älteren Geschwister kommen auf dem Heimweg vorbei und holen die Kleinen ab. Nur jenes Mädchen bleibt. Es blinzelte mit seinen Augen in das Licht des Kandelabers, es steht da und hält die schweigende Klapper in der Hand. Es hat wohl nicht viel Liebe auf der Welt, dies Kind, kein Mensch kommt noch ihm sehen, niemand holt es ab; es trägt ein buntes Röschchen und eine blaue Strickjacke, wer liebt es, wer gibt ihm sein Essen?

Ich trete heran. Die Straße ist ganz leer. Ein Lastwagen holpert über das Pflaster. Das kleine Mädchen steht und weilt nicht, was das ist: Einsamkeit... Ich aber weiß es. Ich spreche zu dem Kind und zu mir. Aber ich habe es erschreckt, denn als es mich sieht, schreit es leif auf und läuft davon. Ich sehe mich auf die Bank. Da sehe ich vor mir das Spielzeug des Kindes. Ich hebe es auf: eine Kinderklapper, ein Stück Pappe an einem Holzgriff mit zwei kleinen Hämmern zu beiden Seiten. Aber die Pappe hat eine Form, ist bemalt. Die Pappe stellt eine nackte Frau dar. Die Tupsen auf den Brüsten sind rot gefärbt, auch die Lippen, und der Körper leuchtet rot. Das ist ja furchterlich, grausam! Die nackte Frau hält eine kleine weiße Wuffe vor ihrer Scham. Auf dieser Wuffe steht in diesen Lettern der Name eines Tanzpalastes im Zentrum dieser Stadt. Mit diesem Spielzeug, mit Aufballons und Papierschlangen wird den Gästen des Tanzpalastes Stimmung suggeriert....

Stimmung, Musik, Gelächter am laufenden Band. Feists Kavaliere, die sich die Rüsse halten vor-Lachen. Tanz schöner Frauen, laut Plafanschlag, Knacker als nach. Eine Bar. Ein Mädchen mit wehem Lächeln. Frauen und Fleisch. Schillernde Haut und schlummernde Gemeinheit. Ein Tisch. Die Wahl der Königin für diese Nacht. Prämierung des kleinften Damenmundes, des längsten Schubabjages, Radioplastik. Bilder von Kaufs, Sünde, Erstick und Eßfalle. Stimmung steigt. Kavaliere trinken Sekt, Mädchen heimlich Selters, weil sie den Sekt in die Kübler gießen. Mitternacht. Alle Rischen besetzt. Schwelende Kissen. Im Laft der Musik werden Papierschlangen gemorfen, werden Papierschlangen verrompelt, wird mit Kinderklappern geklappert.

Eine Frau mit unachtsamen Augen in den Armen eines Kavaliere. Der Mund lächelt. Die Augen sagen nein. Sie sieht den Alten nicht. Diese Ammierfrau denkt wie tausend andere, nach in der letzten Umarmung an den Einen. Torleind erhebt sich der Mann. Die Frau tuschelt mit dem Kellner über ihre Prozenze. Der Mann sagt: „Kommi!“ Und sie geht mit ihm. An der Tür aber reißt sie sich los, eilt zum Tisch zurück und nimmt die Kinderklapper mit. Sie möchte weinen, möchte bei ihrem kleinen Mädchen liegen, das ihr Trost ist und... ah, was weiß ich! Aber sie geht mit dem Herrn in ein Hotel....

Ich sitze auf der Bank des winzigen Kinderspielplatzes in der nachtdunklen Gegend der Arbeiterquartiere einer schönen, großen Stadt. Diese Stadt hat ein Herz aus Stahl und Stein...

Die häufigste Geburtszeit. Nach einem sehr grohen statistischen Material, das von der Amerikanischen Forschungsgesellschaft durchgeführt worden ist, ergibt sich, daß Geburten um 1 Uhr nachts häufiger vorkommen als zu jeder anderen Zeit des Tages und der Nacht. Dagegen tritt der Tod am häufigsten um 3 1/2 Uhr nachts ein.

O. B. Wendler:

Der Hund Glasauge stört den Frühling

Der Hund hat ein Glasauge. Er heißt darum Glasauge. Bei den Kindern rundherum. Der Mann, dem er gehört, der auf der Bank sitzt, ist blind. Auch dann, wenn es leicht regnet. Aber besonders im Frühling, wenn dieser keine Part ganz zart aufblüht in Farben. Die Birken tragen sie und die jungen Mädchen. Die Birken hat der Bezirkschornsteinfegermeister Reichstein gestiftet. Er hat deshalb ein Denkmal im Park. Dort drüben.

Der Mann und sein Hund sind vorstadtbekannt. Sie haben ihre Geschichte. Und außerdem zogen sie beide einft von morgens bis mitternachts durch die einfachen Bierstuben und da wird man bekannt. Verdorbener Alkohol ist dem Mann auf die Augen geschlagen. Das war seine Geschichte. Und die seiner Kenne, von der er nun lebt.

Er hat es nicht nötig, zu betteln. Es hat sich von selbst gemacht. Fremde, die häufig vorüberziehen, werfen ein Geldstück in den Hut. Und im Frühling holen die jungen Mädchen einer Groschen aus den bunten Handtaschen, weil sie das Glück erkaufen wollen. Träume für die Abende und die hellen Kleider. Die Wirklichkeit mit einem jungen Mann.

Immer, wenn ein Groschen in den Hut gefallen ist, reißt der Hund Glasauge seinen Kopf am Arie des Blinden. Der nimmt dann den Groschen und steckt ihn in die ausgebeutelte Westentasche.

Nur die Frauen um vierzig rum werfen nie einen Groschen in den Hut. Sie wissen, daß der Blinde ein Taugenichts war. Einer, der lang und trank und seine Frau schlug, bis sie ihm davonsief. Gewiß war sie jänkisch und hatte immer recht. Das soll alles sein. Aber sie plüßte doch bis in die Nacht hinein die Wäsche für die feinen Leute. Und wer arbeitet, der singt nicht. Und eine Frau, deren Mann im Wirtshaus sitzt, am allerwenigsten. Die Frauen um vierzig wissen das genau. Und Frauen um vierzig rum wollen es partout nicht wahr haben, daß Schläge zur Liebe gehören wie das Salz ans Essen. Ihnen passiert es ja auch nicht mehr, daß sie das Essen verfalzen.

Sie muß mit ihrem Bündel oft an dem Blinden vorbei. Die Frau, die er schlug. Die Frau, die schon schwer arbeitete, als er noch in den Knäipen lachte. Die Frau, die ihm davonsief. Geht sie mit ihrem Bündel vorbei, knurrt der Hund Glasauge. Weil er an die Prügel denkt, die er von ihr erhielt. Der Mann sitzt dann

still, während es die Frau eilig hat. Der Mann, der Blinde, kennt ihren Schritt, aber er wartet nicht auf ihn.

Noch eiliger hat sie es jetzt. Im Frühling. Sie steht nicht hin zu dem Mann und nicht hin zu dem Hund. Sie hat einen heimlichen Kummer. Sie denkt an den Mann. Sie denkt an früher. Sie hört wieder sein Lachen und Singen. In den Nächten im Bett. Sie möchte wohl langsamer gehen, aber dann knurrt drohend der Hund. Und einmal hatte er ja auch etwas mit einer Nachbarin. Einer jungen Blonden. Deren Mann sechs Wochen auf Montags war. Sie durfte nicht vergessen. Die Blonde war allerdings als heiß bekannt, und vielleicht hatte sie ihren Mann nur verrückt gemacht. Demals hatte sie auf seine Reden nicht gehört. Er konnte ja etwas gesagt haben. Gemein war es trotzdem. Die Schritte wurden eiliger. Der Hund knurrt.

Das Grün der Bäume, nur hauch bisher, wurde wirklich. Wurde Blatt. Die Sonne lag schon in offenen Fenstern, und die Frauen knüpften die Blusen oben nicht mehr zu, wenn sie den Milchmann einsehen. Die Kinder sangen einen Kreis. Schon wenn die Frau nicht unnötig warm werden wollte, mußte sie langsamer gehen. Sie konnte sich doch nicht noch heimtuegen einen Schnupfen holen.

Eines Tages sah der Blinde allein auf seiner Bank. Der Hund war nicht zu sehen. Ein junges Mädchen warf einen Groschen in den Hut, er hatte es nicht gemerkt. Die Frau blieb abgernd stehen. Der Blinde hob laufend den Kopf, er hatte sie wohl erkannt.

„In deinem Hut liegt Geld!“

Der Mann hob den Groschen in die Westentasche.

„Es geht dir wohl schlecht?“

Der Blinde nickte. Er hatte heute morgen gerade einen Tanz mit seiner Witrin gehabt. Sie betrog ihn, wenn sie auch manchmal jänklich tat. Betrog ihn um sein Geld und in der Liebe mit zwei Schlafbüßchen. Er hatte heute morgen gut gehört, was in der Kammer nebenan passiert war. Mit dem Schlosser. Und dann hatte sie es nicht wahr haben wollen. Er war in einer etwas wehleidigen Stimmung.

„Lut es dir nun leid, daß du mich immer geschlagen hast?“

Der Blinde überlegte. Das konnte er nun nicht behaupten. Deswegen hatte er sich noch nie Kopfschmerzen gemacht. Die Schläge waren doch immer in der Dehnung gewesen.

